

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Meine Damen und Herren! Ich heiÙe Sie alle zu unserer heutigen 109. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt insbesondere unseren Gästen auf der Zuschauertribüne und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich elf Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ich rufe nun den einzigen, aber sehr umfangreichen **Tagesordnungspunkt** auf:

Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4500 - Neudruck

Erste Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/4660

Zweite Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/4860

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksachen 13/4800 bis 13/4806, 13/4808,
13/4810 bis 13/4816

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4502

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/4817

zweite Lesung

Und:

Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgelts für die Entnahme von Wasser aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4528 - Neudruck

zweite Lesung

Meine Damen und Herren, das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Bereiche und die dazu vorgeschlagenen Redezeiten können Sie dem Anhang der Tagesordnung entnehmen. Nach Beratung aller Bereiche eines Einzelplanes erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt. Die Gesamtabstimmung über die Haushaltspläne 2004/2005 in zweiter Lesung erfolgt morgen mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Vereinbarungsgemäß finden zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr keine Abstimmungen statt. Über die voraussichtlichen Zeitpunkte der Abstimmungen habe ich Sie bereits mit Schreiben vom 15. Januar 2004 unterrichtet. Das sind natürlich nur ungefähre Zeiten.

Nach der Beratung des Einzelplans 13 - Landesrechnungshof - werden die Beratungen heute unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, ich rufe zunächst **Bereich 1** auf:

Schule und Weiterbildung

Angesprochen sind die Einzelpläne 05 - Ministerium für Schule, Jugend und Kinder - und 15 - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/4805 und 13/4815 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 13/4920 und 13/4921 und die Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen 13/4911 und 13/4912 - 2. Neudruck - sowie Drucksachen

13/4916 und 13/4917 jeweils zu diesen beiden Einzelplänen.

Ich eröffne die Beratung und erteile zum Bereich 1 - Überschrift: Schule und Weiterbildung - dem Kollegen Recker für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

Bernhard Recker (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Guten Morgen und hoffentlich gute Beratungen uns allen in den nächsten zwei Tagen!

Wir beginnen mit der Beratung des Schuletats, der sich nicht wie in den vergangenen Jahren auf ein Haushaltsjahr bezieht. Wir beraten einen Etat, der sich auf zwei Schuljahre erstreckt und damit Schulen, Lehrern und Eltern möglichst auch eine mittelfristige Perspektive geben soll.

Welche Perspektive, welche Vision von Schulpolitik nach PISA, gibt uns nun der hier vorgelegte Haushaltsentwurf? Welche Konsequenz fordert PISA von uns Politikern, und welche Antwort gibt dieser Entwurf? - Meine Damen und Herren, PISA verlangt eine verstärkte Frühförderung. Ihre Antwort: Sie schließen Bildungsvereinbarungen und kürzen anschließend die Mittel für die Kindergärten.

PISA verlangt eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die individuelle Förderung von Lernschwachen und Hochbegabten. Da Sie aber keine zusätzlichen Lehrerstellen für diese Aufgaben zur Verfügung stellen, erfolgt absolut keine Veränderung der augenblicklich unbefriedenden Situation.

PISA fordert eine verstärkte Förderung von Migrantenkinder. Sie aber schaffen keine zusätzlichen Stellen, sondern lediglich einen Verschiebepunkt. PISA fordert die Abschaffung bzw. Milderung der sozialen Benachteiligung. Sie aber unternehmen auf diesem Gebiet nichts. Sie schaffen nur weitere Ungerechtigkeiten.

Meine Damen und Herren, was machen Sie z. B. für die Hauptschulen? - Dort sitzt der überwiegende Teil der Menschen, der laut PISA durch das Sieb gefallen ist. Im Übrigen droht dort nach wie vor die Gefahr, dass die Hauptschüler weiter durch das Sieb fallen werden.

PISA fordert, die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Unterrichtsqualität zu schaffen. Sie aber verschlechtern die Möglichkeiten, indem Sie die Mittel für Fort- und Weiterbildung zusammenstreichen.

PISA fordert, dass der Ausbau echter Ganztagschulen vorangetrieben wird. Die Aspekte "Verknüpfung von Familie und Beruf" und der Abbau von Bildungs- und Erziehungsdefiziten schaffen erst größere Chancengerechtigkeit. Sie aber setzen alleine auf Betreuung und Verwahrung.

Meine Damen und Herren, PISA fordert aber auch klare Bildungsstandards und verbindliche Curricula. Sie aber schaffen in der Tat nur eine "Einheitssoße" an Standards, die den differenzierten Ansprüchen der unterschiedlichen Schulformen in keiner Weise gerecht wird.

Tatsache ist, meine Damen und Herren: Mit diesem Haushaltsentwurf nehmen Sie keine der PISA-Forderungen angemessen auf. Sie entwickeln keinerlei Vision und Perspektive, wie Sie die Bildungspolitik in den Jahren drei und vier nach PISA gestalten wollen.

Sie, meine Damen und Herren von der rot-grünen Regierung, sind mit dem Slogan gestartet "Bei der Bildung wird nicht gekürzt! Wir setzen Priorität in die Bildung!". Nur, meine Damen und Herren, Anspruch und Wirklichkeit sind bei Ihnen zwei Welten. Gleich, um 12.00 Uhr, werden über 20.000 Menschen vor dem Landtag erwartet - Schüler, Eltern und Lehrer sowie Schulen in freier Trägerschaft. Diese Menschen stehen da nicht aus Begeisterung für die tolle Arbeit der Landesregierung. Meine Damen und Herren, diese Menschen stehen da, weil Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, ihnen die Vertrauensbasis entzogen haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie stehen dort, weil Sie die Schulen in freier Trägerschaft mit einem Sonderopfer zur Haushaltskonsolidierung heranziehen.

Fakt ist: Wer die Zuschüsse um 25 % kürzt, der spart an Bildung, der kürzt den Bildungsbereich. Ich frage Sie: Mit welchem Recht benachteiligen Sie eine ganze Schülergruppe, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU)

Es ist absurd, denn Sie bestrafen diejenigen, die hervorragende Bildungsarbeit leisten und die zudem den Landeshaushalt mit ca. 800 Millionen € entlasten. Es ist doch geradezu töricht, die zu verprellen, die dem Staat einen Teil der Last abnehmen.

Meine Damen und Herren, beleuchten wir nun Ihren Stufenplan "Verlässliche Schule". Sie haben 6.100 zusätzliche Lehrerstellen zugesagt. Heute können wir sagen: Versprochen - gebrochen,

meine Damen und Herren. Sie haben 3.100 Stellen umgesetzt für die Bereiche Praktische Philosophie, Englisch in der Grundschule und steigende Schülerzahlen. Nur, meine Damen und Herren: Selbst wenn Sie jetzt noch 1.000 Stellen zusätzlich schaffen, so fehlen weitere 2.000 Stellen zur regulären Erfüllung Ihres Versprechens, nämlich 6.100 neue Lehrerstellen zu schaffen. Daran führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt fangen Sie sogar an zu tricksen. Sie versuchen, sich über die Feststellung zu retten, dass die Pflichtstundenerhöhung einem Umfang von 4.000 Lehrerstellen entspräche und so den Schulen mehr Unterricht in einem Umfang von 100.000 Unterrichtsstunden zur Verfügung stünde. Sie wissen aber ganz genau, dass das eine Ankündigung mit Verfallsdatum ist. Die Menschen in unserem Lande lassen sich darin nicht täuschen; denn sie wissen genau, dass sich die Anzahl der Unterrichtsstunden nur bis zu den Sommerferien leicht verbessern wird. Danach fließen diese Stunden voll in die Stellenberechnung ein. So ehrlich sollten wir sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zudem haben Sie selber feststellen müssen, dass der Unterrichtsausfall an den Grundschulen deutlich zugenommen hat. Das sind wieder 1,1 % mehr. Mittlerweile gibt es hier also viermal so viel Unterrichtsausfall im Grundschulbereich als z. B. in Baden-Württemberg.

Sie haben sicher auch die Zahlen von Köln gelesen. Dort hat eine Initiative festgestellt, dass dort wöchentlich 454 Unterrichtsstunden ausfallen. Eines ist übrigens ebenfalls sehr interessant: Es gibt diesbezügliche Ergebnisse. Vergleicht man nämlich das Unterrichtsvolumen von Nordrhein-Westfalen mit den benachbarten Niederlanden, so zeigt sich, dass alleine unsere Grundschüler 940 Unterrichtsstunden weniger haben.

(Recker, CDU)

Am Ende der Sekundarstufe I sind es zwei Schuljahre, wie die niederländischen Schulinspektoren in einem von Ihnen unter dem Tisch gehaltenen Abschlussbericht am nordrhein-westfälischen Schulsystem bemängeln. Meine Damen und Herren, Ihre Schulpolitik ist ein echter Standortnachteil für Nordrhein-Westfalen. Das ist die Tatsache.

(Beifall bei der CDU)

Nun feiern Sie die Einführung der offenen Ganztagsgrundschule als Erfolgsmodell. Meine Damen

und Herren, während Sie feiern, überlegen die Kommunen, wie sie angesichts leerer Kassen mit Ihren Ideen klarkommen sollen. Ihr Finanzierungskonzept geht eindeutig zulasten der Kommunen und Eltern.

Ferner sind Sie im Begriff, Kommunen zu erpressen, wenn Sie von ihnen zur Genehmigung von Ganztagsbetreuung an den Grundschulen einen Abwicklungsplan für Hortplätze verlangen. Frau Ministerin, hier können Sie noch so oft widerrufen, die Texte Ihres Hauses treffen leider andere Aussagen.

Wir wissen genau, dass die offene Ganztagsgrundschule die Qualität der Horte nie erreichen kann. Acht Stellen für 235 Schulen sind eine Farce. Daran erkennt man, dass die Gemeinden gezwungen sind, weil sie kein Geld haben, dieses zu kapitalisieren. Es ist geradezu ein Hohn, dass der Besuch einer echten Ganztagsgrundschule mit entsprechenden Lehrern bis auf das Mittagessen kostenlos ist, während Sie für eine Ganztagsgrundschule mit einer überwiegenden Betreuung bis zu 100 € im Monat verlangen, meine Damen und Herren. Das ist ungerecht sowie pädagogisch und sozial nicht vertretbar. Das passt nicht zusammen und wird von den Menschen in unserem Land nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU)

Folgen Sie daher unserem Konzept für eine echte Ganztagsgrundschule, die wir flächendeckend und bedarfsgerecht einrichten wollen.

Vertrauensbruch und gebrochene Versprechungen sind leider das Fundament Ihrer Bildungspolitik. Das gilt besonders für den Bereich der Weiterbildung.

Alle im Landtag vertretenen Parteien hatten sich verständigt, die Mittel für die Weiterbildung bis zum Jahre 2004 nicht zu kürzen. Im Haushalt 2003 sind sie mit einer Kürzung um 5 % angefangen. Im Doppelhaushalt 2004 und 2005 werden die Mittel um 15 % reduziert. Sie begehen nun zum zweiten Mal klaren Wortbruch im Bereich Weiterbildung. Die CDU-Fraktion wird sich uns an diesem Wortbruch nicht beteiligen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die Rücknahme der Kürzung im Haushaltsbegleitgesetz eingefordert.

Ich fasse zusammen: Sie, Frau Ministerin, reden von Ganztagsgrundschule und meinen Betreuung. Sie reden von individueller Förderung und verschlechtern die Rahmenbedingungen. Sie reden von

Sprachförderung vor der Einschulung und lassen es zu, dass Sprachförderung oder Sprachkurse nicht verpflichtend eingeführt werden. Sie wollen Bildungsstandards und vernachlässigen dabei die unterschiedlichen Ansprüche der Schulformen. Für eine tief greifende Bildungsreform mit klaren Qualitäts- und Leistungsansprüchen fehlt Ihnen der Mut.

Als Fazit stelle ich fest: Mit diesem hier vorgelegten Haushaltsplanentwurf setzen Sie keine Priorität in Bildung. Sie sparen, begehen Wortbruch und bleiben weit hinter Ihren großen Ankündigungen zurück. Sie haben leider alle unsere Anträge im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt. Das waren Initiativen, die zeigen, dass wir von der CDU zu unserem Wort stehen. Wir wollen mehr Qualität, vor allem aber auch Verlässlichkeit. Weil wir seitens der CDU zu unserem Wort stehen und sich die Menschen auf unsere Zusagen verlassen können, lehnen wir diesen Haushalt im Bereich Schule und Weiterbildung ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Recker. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Degen.

Manfred Degen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Recker, Sie sagten, dass die Haushaltsberatungen beginnen. Die SPD hat vor einem halben Jahr mit den Haushaltsberatungen begonnen, und es wäre gut und der Sache dienlich gewesen, wenn Sie sich an diesen Beratungen beteiligt hätten.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das gilt natürlich auch für die FDP-Fraktion, obwohl wir da auf die Teilnahme gut verzichten können und auch die Qualität der Anträge; Sie haben diese heute vorgelegt.

Man muss etwas nicht gelesen haben, um etwas so häufig zitieren zu können wie PISA. Herr Recker, PISA fordert nicht, sondern PISA stellt fest und vergleicht, woraus man Schlussfolgerungen ziehen kann. Die Schlussfolgerungen, die Sie ziehen, sind nicht die Schlussfolgerungen, die PISA nahe legt.

Herr Präsident, ich freue mich, dass wir die zweite Lesung des Doppelhaushalts für die Jahre 2004 und 2005 mit dem Einzelplan 5, dem Schuletat, und mit dem Teil des Einzelplans 15 beginnen, der die Weiterbildung betrifft, für den der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nach seinem Namen ja auch zuständig ist.

Obwohl der Landeshaushalt um insgesamt 0,41 % schrumpft - wir alle wissen, dass es ein Sparhaushalt ist, der unter schwierigsten finanziellen Bedingungen zustande kommt -, steigt der Schulhaushalt gegenüber dem laufenden Jahr um rund 1,6 % im Jahre 2004 und im Jahre 2005 um weitere 2,28 %. Um eine Antwort vorwegzunehmen: Es steigen nicht die Pensionslasten, sondern es handelt sich um eine echte Ausgabensteigerung. Das ist eine Steigerung im Doppelhaushalt um insgesamt rund 4 %. Eine solche Leistung kann in diesen Zeiten nur erbracht werden, indem in anderen Ressorts für eine Deckung gesorgt wird. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fachausschüsse und Fachbereiche für diese Solidarität gegenüber dem Schuletat bedanken, denn erst damit wurde es möglich, eine Priorität für Bildung zu setzen. Der Haushalt ist ein Beweis dafür.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Haushalt sind aber auch schmerzhaft Einschnitte vorgenommen worden, z. B. die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrerinnen und Lehrer um eine Stunde, die Kürzung der Landesmittel für Ersatzschulen um einmalig 1,5 Prozentpunkte und die Kürzung der Zuschüsse im Weiterbildungsbereich um 15 %. Bitte glauben Sie uns, dass uns diese Entscheidungen nicht leicht gefallen sind. Wir können es uns aber auch nicht so leicht machen wie die Opposition mit den heute vorgelegten Änderungsanträgen ohne finanzielle Deckung.

(Helmut Stahl [CDU]: Alles gedeckt! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Dann müssen wir damit noch nach Warendorf. Dann habe ich die Anträge falsch gelesen.

(Zuruf von der SPD: Erst beteiligt sich die CDU nicht, und dann legt sie virtuelle Deckungen vor! - Widerspruch bei der CDU)

Zurück zu den einzelnen Punkten: Durch die Einstellung der Vorgriffsstunde schon im laufenden Jahr führt die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für einen Teil der Lehrerinnen und Lehrer jedenfalls im nächsten Jahr nicht zu einer faktischen Ausweitung des Unterrichts. Das Wichtigste dabei ist allerdings, dass der Ertrag der Arbeitszeiterhöhung dem System Schule erhalten bleibt und nicht, wie das in anderen Bundesländern zum Teil der Fall ist, zum Stellenabbau führt.

(Beifall von Brigitte Speth [SPD])

Letztlich kommen rund 4.000 Stellen - genauer gesagt: der Mehrunterricht im Gegenwert von 4.000 Stellen - diesem Haushalt zugute. Zusätz-

lich dazu werden 1.000 Lehrerstellen eingerichtet, um den in diesem Umfang gar nicht vorhersehbaren Mehrbedarf - hauptsächlich an den Berufskollegs und Sonderschulen - abdecken zu können.

Die Stellen für Lehrer werden also von 143.790 im Jahre 2003 auf 144.790 Stellen im Haushalt 2004/2005 erhöht. Das ist ein echter Zuwachs von zusätzlich 1.000 Stellen über die erarbeiteten Stellen hinaus. Da beißt die Maus keinen Faden ab, so viele Rechenkünste Sie auch an den Tag legen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das ist eine echte Leistung, die die Priorität der Bildung abermals unterstreicht.

(Zuruf von der CDU: Der Zuwachs der Stellen?)

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auf einen Punkt eingehen, bei dem in Ihren Reihen immer wieder Verwirrung auftritt. Ich weise daher noch einmal darauf hin, dass die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung um eine Stunde bei ungefähr 145.000 Lehrern natürlich auch dazu führt, dass sich die Lehrer-Schüler-Relation verschlechtert. Das ist eben Mathematik und nicht Politik.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie verbessert sich!)

- Nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis; in diesem Zusammenhang denke ich auch an Ihre Anfrage.

Mit dem Haushalt 2004/2005 erreichen wir auch, dass der von den Koalitionsfraktionen verabschiedete so genannte Stufenplan - er wurde vorhin angesprochen -, der ein Plus von insgesamt 6.100 Stellen erbringt - davon wurden 3.100 bereits abgearbeitet -, aufgrund dieser zusätzlichen Stellen übererfüllt wird. Und glauben Sie uns bitte, dass wir auch die beiden bisher hinausgezögerten Einzelpunkte, nämlich die zweite Marge bei den Fächern Praktische Philosophie und Islamkunde, in den kommenden Jahren noch realisieren werden.

Mit der im Haushalt für 2005 einmalig vorgesehenen Erhöhung des Eigenanteils von Trägern privater Ersatzschulen von 1,5 Prozentpunkten liegt Nordrhein-Westfalen bei der Ersatzschulfinanzierung immer noch im oberen Drittel des Ländervergleichs.

(Beifall von Brigitte Speth [SPD])

Die von Ihnen beantragte Rücknahme der Erhöhung des Eigenanteils im Jahr 2005 würde 15 Millionen € kosten. Sie haben die Änderung des Haushaltsbegleitgesetzes beantragt; die De-

ckung ist in Ihrem Antrag aber nicht enthalten. Wie ich schon gesagt habe: Hätten Sie Ihre Anträge früher eingebracht, hätte man über diese Punkte auch reden können.

Ich würde gerne auf die zusätzlich erforderlichen Stellen an den Sonderschulen und bei den Berufskollegs verzichten. Zumindest bei den Sonderschulen macht mir das echte Sorgen. Bei den Berufsschulen fangen wir Aufgaben der Wirtschaft auf und gehen für die Wirtschaft in die Finanzierung; sie müsste eigentlich diesen Bereich des dualen Systems im Praktischen abdecken.

Herr Recker, Sie haben auch die offene Ganztagsgrundschule angesprochen. Diese ist nach wie vor ein Erfolgsmodell. Sie werden sich auch nicht dagegen wehren können, dass sich unter den 77 Kommunen, die diese Schulen in der ersten Runde eingerichtet haben, auch eine ganze Reihe mit CDU-Mehrheiten befinden. Kompliment an die CDU-Ratsmitglieder in den Kommunen, die zeigen, dass sie sich von praktischen Bedürfnissen der Kinder und Eltern mehr leiten lassen als von den ideologischen Scheuklappen, die Sie hier reihenweise verteilen!

(Beifall von Brigitte Speth [SPD] und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Insgesamt bietet der Schulhaushalt eine gute Basis, um die Reformen der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen erfolgreich weiterzuführen.

Zur Weiterbildung haben wir in der SPD-Fraktion eine Entschließung verabschiedet, in der eigentlich alle Punkte mit Haushaltsrelevanz klargestellt werden. Wir werden diese Entschließung zur dritten Lesung vorlegen und sie Ihnen so schnell wie möglich zur Kenntnis geben. Ich empfehle Ihnen, sich diese Entschließung gut durchzulesen; denn wenn Ihnen die Weiterbildung so am Herzen liegt, können Sie ihr eigentlich nur zustimmen.

Ihr Antrag zur Weiterbildung, Art. 3 des Gesetzes zur Änderung des Weiterbildungsgesetzes zu streichen, ist ziemlich aus der Hüfte geschossen. Dabei haben Sie wahrscheinlich übersehen - oder vielleicht wollen Sie das sogar bewusst streichen -, dass damit auch die Operation haushalts-technischer Art wegfällt, die wir vorgenommen haben, um den Bereich der Schulabschlüsse an den Volkshochschulen zu erhalten und weiterhin gezielt fördern zu können; denn dies ist ebenfalls in Art. 3 vorgesehen.

So einfach wie Sie kann man es sich meines Erachtens nicht machen. Es wäre schön gewesen, wenn Sie das halbe Jahr, das wir für die Beratung

des Haushalts aufgewandt haben, dazu genutzt hätten, mit uns zu reden. Das, was Sie jetzt machen, ist kein exakter Umgang mit einem Haushalt - und mit einem Doppelhaushalt schon gar nicht.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Degen. - Das Wort hat der Abgeordnete Witzel für die FDP-Fraktion.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der heutigen Einzelplanberatung des Landeshaushaltes ist nun auch endlich die rot-grüne Märchenstunde im Bildungsbereich vorbei.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Wir als FDP-Landtagsfraktion werben für einen Masterplan Bildung unter dem Motto „Zukunft gestalten statt Mangel verwalten“. Wir brauchen einen Ruck, der durch diese Gesellschaft geht - für unser Land, für bessere Bildungschancen zugunsten der jungen Generation.

Die rot-grüne Landesregierung hat uns in vielerlei Hinsicht einen einmaligen Haushalt vorgelegt. Da ist zum einen der Charakter des Doppelhaushalts, der zeigt, dass Sie offenbar Angst haben, die Einsparungen bei der Bildung und damit bei den Zukunftschancen der jungen Generation auch Ihren Wählern im Wahljahr 2005 durch entsprechende Beschlussfassung dort zu verkaufen.

Neben Verfassungsänderungen ist das Haushaltsrecht des Parlaments das wichtigste Recht dieses Hauses. Jede von ihrer Politik überzeugte Regierung wirbt natürlich mit ihren eigenen Haushaltsansätzen offensiv, gerade bei bevorstehenden Wahlen, weil sie sagt: Da können wir doch endlich einmal verdeutlichen, wie wir uns Politik dann, wenn es um die Realität geht, praktisch vorstellen.

Die Bürger dieses Landes wollen keine Sonntagsreden mehr hören. Sie wollen die Wahrheit wissen. Sie haben ein Anrecht darauf zu erfahren, wie es um die Landesfinanzen und die Zukunft der Bildung in diesem Land tatsächlich steht. Genau da laufen Sie weg. Sie haben Angst vor Ihrer eigenen Politik. Wir als FDP-Landtagsfraktion werden dafür sorgen, dass hier niemand Unfallflucht begeht.

Dabei lässt sich Ihr Haushalt doch so einfach und zutreffend wie auch zugleich erschöpfend mit dem einzigen Satz skizzieren: Der Wortbruch ist Maxime Ihrer Politik. Privatschulen haben das Vertrau-

en in die Politik dieser Regierung verloren. Anstelle von Planungssicherheit setzen Sie zum Kahlschlag an. Viele Träger haben angekündigt, einzelne Standorte zu schließen. Im Ergebnis zahlt der Staat dann noch mehr.

Wir haben eine gesetzliche Schulpflicht zu erfüllen, meine Damen und Herren. Je weniger private Anbieter mit ihren eigenen anteiligen Finanzierungsbeiträgen mithelfen, umso mehr Kosten verbleiben beim Land. So provozieren Sie einen klassischen Umkippeffekt. Ihre Devise „Mehrkosten statt Einsparungen, aber wenigstens gibt es kein pluralistisches Bildungswesen mehr“ trägt nicht.

Auch die Scheinlogik funktioniert nicht bei Ihnen. Jugendhilfeeinrichtungen können Sie schließen. Dann stehen junge Menschen halt auf der Straße. Aber Jugendliche haben ein verfassungsrechtliches Beschulungsrecht, das auch Sie nicht einfach vom Tisch wischen können.

Ihrer Logik folgend kennen kundige Beobachter wahrscheinlich schon Ihre nächsten Gesetzesänderungen: Abschaffung der allgemeinen Schulpflicht, stattdessen ein straffes Bekenntnis zum Analphabetentum. Das wäre wahrscheinlich noch billiger.

Dabei tun Sie so, als hätte es PISA nicht gegeben. Es ist eine Schande für unser Land, dass Kinder - das meine ich ganz ernsthaft -

(Brigitte Speth [SPD]: Das haben Sie nicht ernst gemeint! Das ist nämlich die logische Schlussfolgerung!)

aus bildungsbenachteiligten Familien immer noch nicht dieselben Chancen haben.

Wir Liberale sind für Leistungsdifferenzierung, und wir bekennen uns dazu, dass Schulverweigerung sanktioniert werden muss. Aber wenn die soziale Herkunft von Kindern und der Geldbeutel der Eltern über die zukünftige Chancenverteilung in dieser Gesellschaft entscheiden, dann läuft etwas falsch in diesem Staat.

Hunderttausende von Schülern retten sich in private Nachhilfeinstitute, da das öffentliche Angebot nicht mehr die elementarsten Anforderungen erfüllt. Das ist in Wahrheit die soziale Kälte Ihrer Politik. Sie verpulvern Steuergelder für die Förderung von Waldpädagogik unter frauenspezifischen Aspekten. Ihre Haushaltsansätze muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Aber dass junge Menschen ihre Muttersprache, die elementarsten Rechtschreibregeln und die einfachsten mathematisch-naturwissenschaftlichen Zusam-

menhänge nicht mehr verstehen, ist anscheinend egal.

(Ute Koczy [GRÜNE]: Wieder ein fremdenfeindlicher Mensch, der nichts verstehen will!)

Wir brauchen an unseren Schulen mehr qualifizierte Lehrer und weniger billige Aufpasser als Ersatz. Wir brauchen mehr Unterricht und weniger Stundenausfall. Wir brauchen mehr Qualität und weniger Beliebigkeit.

Aber genau letztere wird zunehmen, wenn Sie Klassenarbeiten aus Gründen der Haushaltssparnis streichen. Ihnen fehlt jedes pädagogische Konzept. Erst stellen Sie in einem eigenen Gutachten fest, dass die Lehrer in diesem Land - in vielen Schulformen jedenfalls - schon mehr als 41 Stunden die Woche arbeiten. Dann kündigen Sie offiziell die 41-Stunden-Woche an, die viele Kollegen als das Versprechen einer wohltuenden Arbeitszeitverkürzung empfinden. Statt aber Belastungen abzubauen, erhöhen Sie im nächsten Schritt die Arbeitszeiten, um Tausende versprochener Planstellen zu sparen.

Und da hierdurch die Arbeitsbelastung gestiegen ist, werden Lehrer wieder entlastet, indem Sie Klassenarbeiten streichen und somit wieder einmal weniger Leistungsevaluation in der Bildung stattfindet. Das ist wahrlich ein Stück aus dem Tollhaus, oder besser: eine Hommage auf das absurde Theater von Dürrenmatt, da die Förderung von Talent und Neigung in diesem Bereich zukünftig in Schulen nicht mehr stattfindet.

Sie kündigen für 5.000 € Haushaltssparnis die bundesweite Vereinbarung aller Bundesländer auf KMK-Ebene, damit zukünftig kein Schülertheater mehr stattfindet, und stattdessen veranstalten Sie hier lieber selber Ihr eigenes.

(Beifall bei der FDP)

Weniger humoristisch mutet dabei der Umstand an, dass Sie selbst die Minimalziele des so genannten verlässlichen Stufenplans dabei preisgeben. Mit dem Eingeständnis von Bildungsministerin Ute Schäfer, dass die rot-grüne Landesregierung das von ihr die ganzen Jahre dieser Legislaturperiode über gebetsmühlenartig vorgetragene Programm „Stufenplan verlässliche Schule“ nun mittlerweile brechen muss, dass es nicht zur Schaffung von 2.000 neuen Lehrerstellen bis zum Ende der Legislaturperiode kommt, zeigt, wie unverlässlich die Politik in der Praxis ist.

Mit der Nichteinhaltung Ihrer eigenen Einstellungszusagen begeht die Landesregierung erneut einen Wortbruch beim Stufenplan. Bereits zuvor

wurden in den Haushaltsjahren Versprechen des Stufenplans bei der Einrichtung von 300 Stellen nicht eingehalten.

Zusammen mit dem existenzbedrohenden Kahlschlag bei der Ersatzschulfinanzierung, gravierenden Einschnitten zulasten der Weiterbildung oder der Leseförderung an öffentlichen Bibliotheken wird die Behauptung der Landesregierung, im Bildungsbereich werde nicht gespart, zur puren Farce.

Ursprünglich sollten Regierungserklärungen zufolge 6.100 zusätzliche Lehrerstellen bis 2005 den Anstieg der Schülerzahlen auffangen und darüber hinaus auch neue Unterrichtsangebote ermöglichen. Außerdem wurden von Ihnen substantielle Verbesserungen für zahlreiche Lehrer in Aussicht gestellt. Heute wissen wir: Das einzig Verlässliche am Stufenplan ist der Umstand, dass dieser verlässlich unterfinanziert ist.

Die so genannte offene Ganztagschule ist die einzige Schule ohne Lehrer in diesem Land. PISA erfordert aber mehr individuelle Förderung für mehr Schüler. PISA erfordert zusätzliche Nachmittagsangebote, um frühzeitig schulische Defizite zu beheben und Spitzenleistungen zu fördern. Dies kann mit Billigangeboten reiner Beaufsichtigung nicht geschehen.

Wir brauchen auch Elitebildung an unseren Schulen. Spitzenleistungen und geistige Elite dürfen für uns alle hier im Hause kein Schimpfwort mehr sein. Damit wir Elitebildung tatsächlich ermöglichen, brauchen wir aber eine Breitenförderung am Start, um alle Potenziale zu erkennen und zu fördern, und nicht eine einzige Schaufensterveranstaltung "Elitehochschule" am Ziel, das viel zu wenige ansonsten erreichen werden.

Sie wären gut beraten gewesen, hätten Sie bereits vor Jahren dem Unterrichtssicherungsgesetz der FDP zugestimmt. Unser Land braucht zur Behebung der allergrößten Bildungsdefizite 8.000 neue Lehrer, kleinere Klassen und mehr Unterricht. Die Lehrerausbildung muss Ausbildungszwecken dienen und nicht dem Ersatz von 1.500 Planstellen im Landeshaushalt. Wir brauchen eine verlässliche Vertretungsreserve an jeder einzelnen Schule, um dem Stundenausfall nachhaltig entgegenzuwirken.

Wir brauchen auch den Mut dieser Landesregierung, Frau Ministerin Schäfer, die Zahlen des Stundenausfalls transparent zu publizieren. In Selbsthilfeforen wie www.unterrichtsausfall.com schließen sich Eltern neuerdings zusammen, um die Fehlzeiten an unseren Schulen für die Öffentlichkeit zu dokumentieren, frei nach dem Motto:

Geteiltes Leid ist halbes Leid. Aber es verbessert sich nichts in unserem Land. Wovor haben Sie also Angst? Veröffentlichen Sie die tatsächliche Unterrichtserteilung und ein Schul-Ranking! Dann sehen wir, wo dieses Bundesland bildungspolitisch tatsächlich steht.

Immer mehr junge Menschen in diesem Land finden keine Ausbildungsstelle, da sie so elementare Bildungsdefizite haben, dass ihnen die Ausbildungsreife fehlt. Herr Minister Schartau hat deshalb in seiner Verantwortung die Betriebe im Sommer letzten Jahres angeschrieben und ihnen ein Signal gegeben. Er hat eingeräumt, dass es aus Arbeitgebersicht berechnete schulische Defizite gibt und gesagt: Wir arbeiten daran, dass wir besser werden, damit es zukünftig weniger Beanstandungen aus der Wirtschaft gibt, was die Ausbildungsreife betrifft.

Uns fehlt hier das nötige Konzept. Mehr Bildung für alle ist die beste Politik für Chancengerechtigkeit und eine Politik sozialer Mobilität und Förderung, die diesen Namen auch verdient.

Durch Ihren erneuten Wortbruch bei der Weiterbildung werden sich schon bald gerade diejenigen die Kursangebote nicht mehr leisten können, die die eigentliche Zielgruppe der Förderangebote sind. Dabei wird lebenslanges Lernen immer wichtiger. Wie eine Monstranz haben Sie das Weiterbildungsgesetz die letzten Jahre vor sich hergetragen. Alle Regierungsmitglieder haben gesagt: Bitte haben Sie Verständnis für andere Haushaltskürzungen, aber zu den gesetzlichen Zusagen bis 2005 stehen wir. Heute wissen wir, wie wenig das versprochene Wort noch Wert ist, wenn es jenseits von Sonntagsreden um tatsächliche politische Entscheidungen geht.

Wenn Sie heute sagen, die Mehrbelastungen für die Privatschulen wird es nur in einem einzigen Haushalt geben, dann nur deshalb, weil sich die Regierung nicht mehr die Mehrheit nach der nächsten Landtagswahl zutraut. Ansonsten ist es bei jedem Punkt Ihrer Kürzungen im Bildungsbe-
reich so gewesen: War der Dammbreach einmal da, ist er in keinem der folgenden Haushalte wieder aufgefangen worden.

Deshalb appelliere ich zum Schluss noch einmal an Sie: Geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie den perspektivischen Haushaltsanträgen der FDP für einen neuen Masterplan "Bildung für NRW" zu! Die Anträge sind seriös und bereits seit Wochen im Verfahren in den Ausschussberatungen. Nichts ist daran neu, nichts ist daran hektisch. Alles entspricht den jahrelangen Leitlinien unserer Politik.

Steuern Sie endlich um, setzen Sie auf Zukunft, und kürzen Sie Subventionen der Vergangenheit! Trennen Sie sich von öffentlichen Verlustunternehmen wie der WestLB, damit Privatschulen wieder erfolgreich arbeiten können!

(Unruhe - Glocke)

Bauen Sie Personal in der Mangelverwaltung der Bildungsbürokratie ab und ermöglichen Sie jungen Menschen wieder ein Recht auf Unterricht! Geben Sie die Regierung ab, überlassen Sie uns von der Opposition die Gestaltung eines perspektivischen Zukunftshaushaltes, der diesen Namen auch verdient! Millionen von besorgten Schülern, Eltern und Lehrern in diesem Land werden es Ihnen danken. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Witzel. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Löhrmann, Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Allen Unkenrufen zum Trotz können wir feststellen, dass Schule in diesem Landeshaushalt hohe Priorität genießt. Die Regierungsfractionen haben trotz der schwierigen Haushaltslage im "Düsseldorfer Signal" noch einmal bekräftigt, dass das so bleibt. Sie haben allerdings - um das gleich am Anfang zu sagen - aufgrund der Haushaltslage eine Präzisierung vorgenommen. Wir haben nämlich einschränkend gesagt, dass die Unterrichtsversorgung, die Sicherung und der Ausbau des Ganztags in diesem Haushalt eindeutig und ungeschmälert Priorität haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sprechen bewusst - wissend, dass wir das nicht insgesamt durchhalten können - nicht mehr von Bildung allgemein, weil zu Bildung viel mehr gehört: nicht nur der vorschulische Bereich, der Weiterbildungsbereich oder die Hochschule, sondern auch musische Bildung, kulturelle Bildung und vieles mehr. Das muss man der Ehrlichkeit halber dazu sagen. Wir Grünen stehen dafür, das so ehrlich zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotzdem kann sich dieser Schul- und Weiterbildungsetat sehen lassen. Wir setzen diese Priorität, weil wir wissen, dass Investitionen in diesem Bereich richtig sind, dass Bildung und Schule das Fundament und die erste institutionelle Verpflichtung sind, den Schlüssel für den Erfolg der kom-

menden Generation und der gesamten Gesellschaft zu legen.

Ja, meine Damen und Herren, auch das räume ich ein: Wir haben die Unterrichtsverpflichtung für einen Großteil der Lehrerinnen und Lehrer um eine Stunde erhöht. Angesichts der Belastungen der Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, die wir kennen, ist das ein problematischer Punkt. Auch das räume ich ein.

Aber jenseits der fiskalischen Notwendigkeiten hätten wir ohne die Pflichtstundenerhöhung die vielen anstehenden Pensionierungen bei der geringen Zahl der Lehramtsabsolventinnen und -absolventen gar nicht ausgleichen können. Stellen wären unbesetzt geblieben. Unterrichtsausfall, den wir alle nicht wollen, wäre die Folge. Und im Gegensatz, Herr Witzel, zu vielen anderen Bundesländern, die sich ebenfalls gezwungen sehen, die Stundenzahl zu erhöhen - Hessen ist das prominenteste schlechte Beispiel -, sparen wir durch die Stundenerhöhung keine existierende Stelle ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle in Nordrhein-Westfalen frei werdenden Stellen werden wieder besetzt. Bei uns haben alle Lehramtsanwärterinnen und -anwärter eine Chance, eingestellt zu werden, und wir können auch solche aus anderen Bundesländern gut gebrauchen, weil wir trotz der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zusätzliche Stellen ausweisen und schaffen. Das ist Priorität für Schule in schwieriger Zeit.

Eines noch zur Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung: Die Panikmache der Opposition vor größeren Klassen grenzt fast an Volksverdummung. Ich will der CDU zugute halten, in der Schule beim Rechnen nicht aufgepasst zu haben. Dasselbe durch die Lehrkräfte erbrachte Unterrichtsvolumen bei gleicher Studententafel ergibt die gleiche Klassengröße. Die Frage der Schüler-Lehrer-Relation hat nichts mit der Klassengröße und der Größe von Lerngruppen zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ralf Witzel [FDP]:
Aber mit der Betreuungsrelation!)

Schade, dass Sie diese falschen Behauptungen wider besseres Wissens immer weiter im Lande - es ist in mehreren Schulausschusssitzungen dargestellt worden - aufstellen. Offenbar haben Sie keine guten Argumente, meine Damen und Herren von der Opposition.

In den Bereichen, wo es unvorhergesehen aufgrund steigender Schülerzahlen brennt - zu nennen sind die Sonderschulen und vor allem die Be-

rufskollegs -, lassen wir die Schulen nicht im Regen stehen und schaffen trotz schwieriger Haushaltslage 1.000 zusätzliche Stellen. Auch das nenne ich Priorität für Schule in schwieriger Zeit.

Englisch in der Grundschule - ein Anliegen, das alle hier im Landtag vertretenen Parteien teilen - wird, wie im Stufenplan "Verlässliche Schule" verabredet, ausgebaut. Mit dem Haushalt 2004 schaffen wir für diesen Ausbau die zweite Tranche von 640 zusätzlichen Stellen. Und wir haben 350 zusätzliche Stellen eingestellt, um die Schulleitungen in allen Schulformen zu entlasten. Auch das ist Priorität für Bildung und Anerkennung der wichtigen und steigenden Aufgaben von Schulleitungen in der Umorganisation von Schule bei neuen auf sie zukommenden Aufgaben.

Meine Damen und Herren, auf einen Bereich möchte ich hinweisen, obwohl er nicht direkt ins Auge fällt: Das sind die 50 Stellen, die neu geschaffen sind und auf deren Schaffung wir Grünen besonders stolz sind. Wir schaffen es, den gemeinsamen Unterricht in der Sekundarstufe I auszubauen und unser Versprechen im Koalitionsvertrag zu erfüllen, endlich in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt ein qualifiziertes Angebot in der Sekundarstufe I für gemeinsames Leben und Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern zu schaffen. Hiermit sind Perspektiven für viele Kinder geschaffen, die in der Grundschule jetzt gemeinsam lernen und diese Möglichkeit zukünftig auch in der Sekundarstufe I haben. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie von der Opposition zumindest das anerkennen, zumal Sie beim Gleichstellungsgesetz für Behinderte hier so getan haben, als hielten wir unsere inhaltlichen Versprechen nicht ein. Das Gegenteil ist richtig.

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Koalition nimmt sich neuer gesellschaftlicher Herausforderungen an. Damit komme ich zu einem Bereich des Haushalts, den ich besonders wichtig finde. Das ist die Erhöhung der Mittel für Ganztagsangebote, und zwar insbesondere für die offene Ganztagschule im Primarbereich. Hier steigen die Mittel von 53 Millionen € in diesem Jahr auf 62 Millionen € in 2004 und auf 75,5 Millionen € in 2005. Darüber hinaus stellen wir pro Jahr 170 zusätzliche Stellen an den offenen Ganztagschulen zur Verfügung.

Ich habe den Anträgen der CDU-Fraktion entnommen, dass sie weiter auf die herkömmliche Ganztagschule und den 20%igen Stellenzuschlag setzt. Abgesehen davon, dass das Ziel der Regierungsfraktionen, durch eine verlässliche Ganztagsbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, durch einen 20%igen

Stellenzuschlag nicht erreicht werden kann, hat die CDU die Zeichen der Zeit offensichtlich noch nicht erkannt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kinder und Jugendliche brauchen mehr als Unterricht und brauchen mehr als die herkömmliche Schule.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Bildung ist mehr als Schule, und Schule ist heute mehr als Unterricht. Auch das zeigen die internationalen Studien. Damit wollen Sie sich einfach nicht auseinander setzen. Wir setzen bewusst auf die Kooperation mit der Jugendhilfe und die Öffnung der Schulen in die Gesellschaft. Im Ganztags brauchen wir auch pädagogisches Personal, das anders an die Kinder herangeht und einen anderen Bildungsauftrag hat. Das dauernde Rufen nur nach neuen Lehrkräften in der Ganztagschule ist nichts anderes als eine Misstrauenserklärung an die Jugendhilfe, und da machen wir von Rot-Grün nicht mit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das werden wir auch immer wieder sagen.

Noch zum Thema *Öffnung von Schule*: Bei den Beratungen im Ausschuss haben wir als Grüne ja wieder ein kleines Kleinod geschaffen, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der SPD: die Gestaltung und Öffnung von Schule. 300.000 € sind wahrlich eine kleine Summe. Aber es ist eine kleine Summe mit großer Wirkung. Das ist ein Projekt, bei dem es nicht um "diskriminierende" Tatbestände geht, wie Herr Witzel das eben gesagt hat, sondern da geht es um Bereitstellung von Mitteln, die die Schulen öffnen und durch die Kinder und Jugendliche z. B. ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement lernen. Wir lesen doch jeden Tag in der Zeitung, wie wichtig es ist, dass Kinder und Jugendliche das früh erfahren, damit sie das, was sie in der Schule erleben, in die Gesellschaft zurückgeben.

Meine Damen und Herren, die Ersatzschulfinanzierung hat uns alle in den vergangenen Wochen und auch heute wieder natürlich sehr beschäftigt. Ich will nicht verschweigen, dass wir von Anfang an über den Vorschlag der Landesregierung nicht besonders erfreut waren. Deshalb haben wir auch von Anfang an dafür gekämpft, hier Verbesserungen vorzunehmen. Vor allem die Ersatzsonderschulen wären durch die Erhöhung vor nicht zu bewältigende Schwierigkeiten gestellt worden. Deshalb haben wir uns dafür ausgesprochen, diese Schulen, die durch unsere Ersatzschulfinanzierung strukturell anders gestellt sind, von der Er-

höhung komplett auszunehmen. Das ist zum Glück auch gelungen.

Auch für die anderen Ersatzschulen konnte mit der einmaligen Erhöhung in 2005 um 1,5 %, und zwar befristet auf dieses eine Jahr, im Vergleich zum Haushaltsentwurf eine wesentliche Verbesserung erreicht werden.

(Ralf Witzel [FDP]: Das glaubt Ihnen doch niemand!)

- Das ist gesetzlich festgelegt, und das werden wir hier gesetzlich beschließen. Da braucht keiner nach einer Landtagswahl irgendetwas anderes vorzunehmen. Das machen wir hier mit diesem Haushalt.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Summen für die Ersatzschulfinanzierung in diesem und auch im nächsten Jahr sehr wohl steigen und fast 1 Milliarde € erreichen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Auch das muss man hier deutlich zum Ausdruck bringen.

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zum Schulbereich muss die Weiterbildung mit den veranschlagten 15%igen Kürzungen schmerzlich Federn lassen. Ich räume ein, dass wir mit diesen Kürzungen unsere Zusagen, die wir im Rahmen der Novellierung des Weiterbildungsgesetzes hinsichtlich der finanziellen Ausstattung gegeben haben, nicht haben halten können. Das liegt nicht, wie zumindest alle Träger wissen, am bösen Willen oder daran, dass man die Weiterbildung für nicht mehr so wichtig hält. Schuld ist allein die desolate Haushaltslage.

Nichtsdestotrotz hat Rot-Grün auch im Bereich der Weiterbildung kleine Akzente setzen können. Mit dem Sondertopf im Umfang von 5 Millionen € sichern wir die Kurse an Volkshochschulen, die auf diesem Weg zum Schulabschluss führen, weil wir wissen, dass hier viele Menschen die letzte Kurve in ein für sie befriedigendes Berufsleben bekommen. Wir konnten besondere Härten abfedern, die der Haushaltsentwurf etwa für die Landesorganisation der Weiterbildungsträger und für die politischen Stiftungen vorgesehen hatte.

Bei der Weiterbildung bleibt für die Regierungsfractionen viel zu tun. Herr Degen hat darauf hingewiesen, dass wir dazu noch eine Entschließung einbringen werden. Wir als Grüne werden uns im kommenden Jahr sehr intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen, weil wir eine gute und wichtige Weiterbildung in einem Zeitalter, in dem le-

bensbegleitendes Lernen immer wichtiger wird, für unverzichtbar halten.

Meine Damen und Herren, ich denke, ich konnte deutlich machen, dass wir die Priorität für Schule und Weiterbildung ernst nehmen. In einer Zeit, in der fast alle Bereiche schmerzhaft Kürzungen hinnehmen müssen, kommt dieser Bereich sehr gut weg. Mein Dank an die anderen Ressorts und die anderen Beteiligten, die zugestanden haben, dass der Unterrichtsversorgung und dem Ganztags hohe Priorität zukommen, die wir in Nordrhein-Westfalen für die Kinder in unseren Schulen aufrechterhalten. - Schönen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Das Wort hat die Ministerin für Schule, Jugend und Kinder, Frau Schäfer. Bitte schön.

Ute Schäfer, Ministerin für Schule, Jugend und Kinder: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kennen das Ritual: Wir stellen Ihnen einen Etat vor, mit dem wir eindeutige Prioritäten im Bereich der Bildung setzen, wir verstärken unsere Anstrengungen durch die Einrichtung zusätzlicher Lehrerstellen und die Bereitstellung weiterer Mittel, und die Opposition fordert reflexartig noch mehr Stellen und noch mehr Mittel. Sie scheut sich aber nicht, der Landesregierung gleichzeitig die Schuldenentwicklung vorzuhalten und sie zu mehr Sparsamkeit aufzufordern.

(Edgar Moron [SPD]: Das wollen die beides zur gleichen Zeit!)

Sie wollen also von allem mehr, nämlich mehr ausgeben und mehr sparen. Das müssen Sie der Öffentlichkeit bitte einmal erklären. Ich finde das ausgesprochen unredlich und unseriös.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir wissen, dass sich alle öffentlichen Haushalte in einer schweren Finanzkrise befinden. Umso mehr weiß ich es zu würdigen, welchen finanziellen Kraftakt die Landesregierung mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land unternimmt. Bei einem in 2004 und 2005 marginal steigenden Gesamtetat haben wir deutliche Steigerungsraten des Einzelplans für Schule, Jugend und Kinder erreicht. Wir machen mit der Prioritätensetzung auf die Bildung Ernst; denn das Volumen unseres Einzelplanes steigt um eine halbe Milliarde Euro.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Ich bedanke mich bei allen anderen Fachressorts und bei den Koalitionsfraktionen für diese Unterstützung ausdrücklich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen sichern wir die Unterrichtsversorgung auf einem hohen Niveau. Wir schaffen nämlich zusätzliche Lehrerstellen und wir flexibilisieren den Mitteleinsatz, wie es uns eine Unternehmensberatung empfohlen hat und wie wir es seit Jahren erfolgreich praktizieren. Allerdings gestehe ich gerne zu - auch das ist gesagt worden und ich will es nicht wegdiskutieren -, dass wir auch einen Beitrag der Lehrerinnen und Lehrer in Form einer zusätzlichen Pflichtstunde einfordern wollen, um damit die Unterrichtsversorgung sichern zu können.

Zum 1. August 2004 weist der Haushalt 144.790 Lehrerstellen für den Unterricht aus. Das sind 1.000 Stellen mehr als in 2003. Das bleibt auch nach dem 1. August so - suggerieren Sie bitte nichts anderes! Mit der einen Unterrichtsstunde, die die Lehrer und Lehrerinnen ab dem 1. Februar 2004 zusätzlich erteilen, steht den Schulen ein zusätzliches Volumen im Wert von insgesamt 5.000 Stellen zur Verfügung. Wer das Sparen zu Lasten der Schulen nennt, der mag mir das wirklich einmal erklären.

Wie wirkliches Sparen bei den Schulen aussieht, das können Sie in Hessen lernen. Dort werden 1.000 Lehrerstellen gestrichen. Meine Damen und Herren von der Opposition, ich empfehle Ihnen, dass Sie Ihre Reden in Hessen halten. Herr Koch kann Ihren Rat sicherlich gut gebrauchen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Recker, Sie heben darauf ab, dass wir nach PISA nicht reagiert und nichts getan haben. Ich möchte hier das Gegenteil noch einmal ganz deutlich unterstreichen. Wir haben ein Programm aufgelegt, mit dem wir vor allen Dingen unser primäres Ziel, früh und erfolgreich zu starten, verfolgen. Als erstes Bundesland in Deutschland haben wir mit allen Trägern einen Bildungsauftrag der Kindergärten verabredet.

Daneben haben wir ein Schulfähigkeitsprofil für Fachkräfte in Kindergarten und Schule entwickelt, das fachlich hoch anerkannt ist. Daneben haben wir die Anmeldetermine zu den Grundschulen vorgezogen, um die Sprachentwicklung der jeweiligen Kinder frühzeitig feststellen zu können, und wir haben im Etat die Sprachförderung auf 7,5 Millionen € angehoben, sodass wir jetzt alle Sprachkurse einrichten können. Die Kinder wer-

den verpflichtet, dorthin zu gehen, wenn ein Defizit vorhanden ist. Es ist also nicht so, dass das auf freiwilliger Basis geschieht, wie Sie fälschlicherweise gesagt haben. Wir haben dafür gesorgt, dass die nötigen Mittel vorhanden sind, damit sie teilnehmen können.

Schließlich richten wir im Jahre 2005 die flexible Schuleingangsphase ein, um die individuelle Förderung von Kindern zu verstärken. - Das sind unsere Maßnahmen im Elementar- und Primarbereich.

Ich komme zur offenen Ganztagsgrundschule, unser wirklich ehrgeiziges Projekt der Zusammenführung von Schule und Jugendhilfe. Frau Löhrmann hat skizziert, dass wir die Ansätze in den kommenden Haushaltsjahren steigern, und zwar von 53,5 Millionen Euro auf 62,8 Millionen Euro in 2004 und auf 75,5 Millionen Euro in 2005. Dadurch können insgesamt 340 zusätzliche Lehrerstellen eingerichtet werden. Inklusiv dem, was wir jetzt schon erreicht haben, schaffen wir damit also ein zusätzliches Volumen von 440 neuen Stellen für die offenen Ganztagsgrundschulen.

Ich freue mich ausdrücklich, dass es über alle Parteigrenzen hinweg möglich war, diese Schulform in der Fläche zu etablieren. Diese Schulform - das haben kluge Bürgermeister erkannt - ist ein Standortfaktor für die Kommunen, weil durch sie den Familien eine deutliche Unterstützung signalisiert wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie schauen immer auf die bei PISA erfolgreichen Länder. Das tun wir auch. Diese erfolgreichen Länder führen genau das Konzept der offenen Ganztagsgrundschule durch, welches wir jetzt ebenfalls einführen wollen. Den Besuch dieser Ganztagsgrundschulen wollen wir bis zum Jahre 2007 200.000 Kindern in Nordrhein-Westfalen ermöglichen. Wir wollen weg vom Zweiklassensystem und nicht nur den 30.000 Eltern, deren Kinder in den Horten sind, ein Angebot machen, sondern wir wollen auch den 770.000 Eltern, deren Kinder in der Grundschule sind, ein Angebot offerieren. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen wundere ich mich darüber, dass Sie sagen, wir würden im Bereich der Hauptschule gar nichts tun. Ich möchte anhand einiger Zahlen deutlich machen, dass das anders ist. Wir haben die beste Schuler-Lehrer-Relation in der Hauptschule, wir haben die kleinsten Klassen in der Sekundarstufe I in der Hauptschule, wir haben 370 zusätzliche Lehrerstellen in den Klassen 5 und 6

für die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch geschaffen, und wir haben der Hauptschule 250 Sozialpädagogen zur Unterstützung bei der Erfüllung des Erziehungsauftrages gegeben. Wenn das nichts ist, dann weiß ich nicht, was wir hier versäumt haben sollten. Wir unternehmen enorme Anstrengungen.

Wir steuern unser System in den Schulen um, gehen zur Ergebnissteuerung über und erstellen Kernlehrpläne. In diesen Kernlehrplänen greifen wir die Bildungsstandards auf, die national verabredet worden sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von SPD und GRÜNEN)

Sie sprechen hier von Einheitssoße. Damit waschen Sie Ihre Kollegen in den B-Ländern ab. Wir haben uns national darauf verständigt, das einzuführen. Wir in Nordrhein-Westfalen setzen das um und starten in diesem Jahr mit Lernstandserhebungen bei 400.000 Schülern in den Klassen 4 und 9 zur Erhöhung der Transparenz, zur Kontrolle dessen, was in unseren Schulen erreicht wurde, und zur Vorbereitung der Förderung der Kinder in diesen Jahrgangsstufen. Ich finde, das ist eine sehr gute Reaktion auf PISA. Die Schulen sind darauf vorbereitet. Nachdem wir die Förderung vorbereitet haben, wollen wir im Jahre 2006 eine teilszentrale Abschlussprüfung am Ende der Pflichtschulzeit einführen.

Lassen Sie mich noch einige Worte zur Ersatzschulfinanzierung sagen. Ich respektiere es sehr, dass sich die Träger der Ersatzschulen deutlich zu Wort melden und die Finanzierung des Landes kritisch betrachten. Ich erwarte aber, dass auch in einer hitzigen Diskussion, wie wir sie gerade heute wieder erfahren, der Boden der Sachlichkeit nicht verlassen wird. Die Fakten müssen im Auge behalten werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es steht außer Frage, dass die Ersatzschulen ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der nordrhein-westfälischen Bildungslandschaft sind. Genauso ist es Fakt, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine Menge dafür tun, diese Schulen zu unterstützen, und in den kommenden Haushalten den Ansatz von jetzt 939 Millionen € auf 962 Millionen € steigern werden. Es dürfte in Ordnung sein, den einmaligen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 15 Millionen € einfordern zu dürfen.

(Widerspruch bei der CDU)

- Lassen Sie mich ausreden! - Es bleibt bei der Einmaligkeit, weil wir selbstverständlich verfassungskonform handeln müssen. Das tun wir. Wir

haben uns im Übrigen davon überzeugt, dass das einmalig so möglich ist.

Ich darf das Katholische Büro als unverdächtigen Zeugen zitieren, das in seiner Stellungnahme zum Haushaltsbegleitgesetz vom 15. Dezember 2003 festgestellt hat, dass Nordrhein-Westfalen mit seiner Ersatzschulfinanzierung im Ländervergleich im oberen Drittel liegt. Angesichts dessen empfinde ich 15 Millionen € von 962 Millionen € als vertretbar.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe einige Punkte skizziert und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Der Kollege Schartau wird jetzt noch zum Weiterbildungsbereich Stellung nehmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Das Wort hat der Minister für Wirtschaft und Arbeit, Harald Schartau.

Harald Schartau, Minister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Weiterbildung wird immer mehr zur Schlüsselgröße für Beschäftigungsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Weiterbildung bleibt daher öffentlicher Auftrag. Zugleich ist aber jeder Einzelne von uns gefordert, der gestiegenen Bedeutung der Weiterbildung für die eigene Lebensführung mit mehr Eigenverantwortung zu begegnen.

Wenn also für die Weiterbildung in den nächsten beiden Jahren weniger Haushaltsmittel veranschlagt werden, drückt sich darin der notwendige Konsolidierungsbeitrag jedes einzelnen Politikbereiches aus. Ganz unabhängig davon erscheint es gerechtfertigt, über neue Finanzierungsinstrumente und -modalitäten nachzudenken.

Jede betroffene Einrichtung der Weiterbildung kann den Ausgleich des Minderbetrags selber gestalten, indem sie entscheidet, wie sie die Einsparungen kompensiert. Dazu kann die stärkere Einwerbung von Drittmitteln gehören oder eine Erhöhung des Trägeranteils wie auch eine moderate Anhebung der Teilnahmebeiträge.

Es entspricht der wachsenden Bedeutung von Weiterbildung, wenn Bildung und Weiterbildung für die Unternehmen und jeden Einzelnen/jede Einzelne von uns immer wichtiger werden. Vor diesem Hintergrund müssen wir bereit sein, mehr vom eigenen oder vom Firmenbudget zu investieren. Auch das gehört zu einer gestiegenen Verantwortung.

Die Förderung des Landes über Projektmittel kann immer nur ein ergänzender Beitrag sein. Die Existenz von Einrichtungen kann das Land weder mit den Mitteln des Weiterbildungsgesetzes noch über Projektgelder sichern. Lassen Sie es mich deutlich sagen: Das Land ist nicht Träger der Weiterbildung, sondern ihr Partner.

Im Haushalt der Landeszentrale für politische Bildung haben sich durch die Ausschussberatungen gegenüber der Regierungsvorlage zwei Veränderungen ergeben:

Erstens. Die Mittel für die politische Bildungsarbeit, der politischen Stiftungen und der anderen Träger im Land werden - erstens - so angehoben, dass die Kürzung bei diesen beiden Titeln 15 % ausmacht, also ebenso viel, wie es für die Mittel des Weiterbildungsgesetzes der Fall ist. Ich habe die Hoffnung, dass die Stiftungen und anderen Einrichtungen ihre wertvolle Arbeit trotz dieser Einschränkungen weiterführen können.

Zweitens. Für die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung können trotz der äußerst angespannten Haushaltslage die Sachmittel für 2004/2005 überrollt werden. Damit kann die Landeszentrale auch in Zukunft mit der Durchführung eigener Tagungen, der Produktion, dem Ankauf sowie der Verteilung und Verbreitung von Publikationen und audiovisuellen Arbeitsmitteln wichtige Akzente in der politischen Bildungsarbeit setzen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Schartau. - Weitere Wortmeldungen zum Bereich 1 liegen mir nicht vor.

Ich weise darauf hin, dass wir über den Einzelplan 05 wie verabredet erst im Anschluss an den Bereich 2, der jetzt folgen wird, sowie den Einzelplan 15 nach der Diskussion über den Bereich 4 - Arbeit - abstimmen werden.

Ich rufe den **Bereich 2** auf:

Kinder, Jugend und Familie

Angesprochen sind der Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Jugend und Kinder - sowie der Einzelplan 11 - Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/4805 und 13/4811 sowie die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 13/4920 und 13/4921 sowie die Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen

13/4911 und 13/4912 - 2. Neudruck - jeweils zum Einzelplan 05.

Ich eröffne die Beratung zum Bereich 2 mit der Wortmeldung des Kollegen Mahlberg für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Thomas Mahlberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Für die Zukunft unserer Kinder", so leiten Sie, Frau Ministerin Schäfer und die Landesregierung, den Haushalt ein. Das liest sich gut, und wir haben verschiedentlich darüber debattiert. Auch Ihr SPD-Parteitag in Bochum wollte noch einmal ein deutliches Zeichen für Kinder setzen. Warum - das frage ich mich ganz ernsthaft - versuchen Sie nicht, dem eigenen Anspruch, den Sie sich setzen, in Form des Haushalts gerecht zu werden?

(Beifall bei der CDU)

Aus dem, was Sie uns auf den Tisch gelegt haben, spricht genau das Gegenteil dessen, was Sie eigentlich vermuten lassen, wenn Sie sagen, etwas für die Zukunft unserer Kinder tun zu wollen. Drei Bereiche, die wesentlich für diesen Haushalt sind, möchte ich noch einmal dezidiert ansprechen:

Beim Landesjugendplan etwa gehen Sie hin und wollen dort nicht nur kürzen, sondern Sie radieren mit den Kürzungen, die Sie vorhaben, wesentliche Träger der Jugendhilfe sogar aus. Das ist selbst SPD und Grünen zuviel geworden. Deshalb sind von deren Seite Anträge gestellt worden, einen Teil dieses Kürzungsvorhabens zurückzunehmen.

Im Bereich der Kindertagesstätten haben Sie für das Jahr 2004 eine Kürzung um 50 Millionen € und für das Jahr 2005 eine Kürzung um 75 Millionen € veranschlagt. Das betrifft die Kleinsten in der Gesellschaft, die sich nicht selber wehren können.

Weil Sie die Sachkostenpauschale beschneiden wollen, könnten wir es im Grunde auf den Punkt bringen und sagen: Sie wollen den Kindern in den Kindertagesstätten das Spielmaterial wegnehmen. - Ich finde, das ist nichts Zukunftsweisendes für den Kinder- und Jugendbereich in Nordrhein-Westfalen.

Ebenso wenig zukunftsweisend für den Jugend- und Familienbereich in Nordrhein-Westfalen ist es, wenn Sie die Mittel für die Ehe- und Familienberatung deutlich herunterfahren wollen, sodass viele unserer Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen nicht nur in ihrer Existenz gefährdet

sind, sondern - Ihnen sind konkrete Zahlen vorgelegt worden - bestimmte Einrichtungen sogar geschlossen werden müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, liebe Frau Ministerin Schäfer, ich sage Ihnen ganz deutlich: Die CDU macht das nicht mit und hat deshalb heute zur zweiten Lesung wie auch im Haushalts- und Finanzausschuss klare Anträge vorgelegt

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben ja auch keine Verantwortung!)

mit dem Ziel, diese Kürzungen in Gänze zurückzunehmen. Das ist notwendig, um verlässliche Planung im Kinder-, Jugend- und Familienbereich in Nordrhein-Westfalen hinzubekommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Frau Ministerin Schäfer, Sie haben eben von den Ritualen gesprochen. In der Tat: Es gibt Rituale. Immer zum Jahresende, wenn der Haushalt auf den Tisch gelegt wird, spricht man mit den entsprechenden Trägern, die natürlich Mittel brauchen, um die Jugend- und Familienarbeit in Nordrhein-Westfalen zu gestalten, über die Ausgestaltung dieser Mittel.

Das heißt nicht, dass diese Träger, die zu uns kommen und mit uns und auch mit Ihnen sprechen, nicht wüssten, wie es um die Haushaltssituation des Landes bestellt ist. Auch sie wissen natürlich, dass es unter Umständen darum geht, Sparbeiträge zu erbringen.

Aber, Frau Ministerin, es muss in der Politik um eines gehen: um Verlässlichkeit. Das heißt, es muss die Möglichkeit geben, auf die Situation zu reagieren.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Verlässlichkeit bei Steuereinnahmen?)

Sie nehmen in Ihrer Art und Weise, wie Sie mit dem Problem umgehen, den Trägern jede Möglichkeit, sich tatsächlich auf die Situation einzustellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir haben im Ausschuss darüber diskutiert. Sie nennen es eine Verlässlichkeit den Trägern gegenüber. Ich persönlich halte es für eine Unverschämtheit, was das Ministerium gemacht hat, indem es zu einem Zeitpunkt, als der Haushaltsplan noch nicht einmal in der parlamentarischen Bera-

tung war, einen Erlass an die Landschaftsverbände auf den Weg

(Ute Koczy [GRÜNE]: Das war kein Erlass!)

gebracht und die Landschaftsverbände angewiesen hat, den Verbänden bereits mitzuteilen, welche Kürzungen sie in diesem und im nächsten Jahr in Nordrhein-Westfalen von Ihnen zu erwarten haben.

Das ist, Frau Ministerin Schäfer, eine Ausbeulung des Parlamentrechtes. Drei Kollegen und ich haben deshalb eine Kleine Anfrage zu diesem Thema gestellt und versucht, unserem Ärger Luft zu machen. Das Parlament beschließt den Haushalt, und dann kann man darauf reagieren und den Trägern sagen, wie sie mit dem Geld umzugehen haben.

(Zuruf von Ute Koczy [GRÜNE])

Dass offensichtlich Frau Kollegin Koczy auch ein Problem damit hat, hat sie noch einmal deutlich dokumentiert, denn bereits vor der Beratung in dem Fachausschuss am 18.12. hat Frau Kollegin Koczy ein Resümee dieser Haushaltsberatungen gezogen und die Träger bzw. den Landesjugendhilfeausschuss im Rheinland angeschrieben und ihm gesagt, was tatsächlich auf den Weg gebracht wird.

Im Übrigen, Frau Kollegin Koczy - vielleicht sollten sich das die Damen und Herren der SPD auch noch einmal auf der Zunge zergehen lassen -, Folgendes zu dem Thema "ein sehr verlässlicher Partner". Ich darf aus dem Brief vom 18.12., gerichtet an den Landesjugendhilfeausschuss im Rheinland, zitieren:

"Wir wissen, dass die Belastungen für die Einrichtung trotz der moderaten Entlastung für einen kleinen Teil der Träger sehr groß sind. Leider konnten wir in den Verhandlungen mit der SPD die von meiner Fraktion beschlossene Übertragung des Ansatzes von 2003 auf die beiden kommenden Jahre nicht erreichen."

Danke, Frau Kollegin Koczy. Das ist auch unsere Linie. Wir wollen das nämlich auch übertragen. Sie haben heute letztmalig die Gelegenheit, aus Ihrem Herzen keine Mördergrube zu machen und für die Anträge der CDU, die - um das klar zu sagen - gedeckt sind, zu stimmen, damit Sie Ihre Linie, die Sie für sich festgelegt haben, tatsächlich überbringen können.

(Beifall bei der CDU)

Was wir brauchen, ist Verlässlichkeit. Die CDU hat deshalb gemeinsam mit der FDP am 10.02.

des letzten Jahres einen Antrag auf den Weg gebracht. Er nennt sich "Landesjugendplan auf eine verlässliche Basis stellen". Dort skizzieren wir noch einmal sehr deutlich, dass es darum geht, im Dialog mit den Trägern Konzepte zu erarbeiten, wie man über mehrere Jahre hinweg Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen gestalten kann. Dieser Antrag hat uns sehr viel Zustimmung eingebracht, im Übrigen auch von den Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen.

Ich darf aus dem Plenarprotokoll vom 19.02. zitieren. Dort sagt Kollege Flessenkemper:

"Aber wir haben schon bei den letzten Haushaltsberatungen im letzten Jahr gesagt, dass SPD und Grüne mit den notwendigen Kürzungen die Vorstellung verbinden, den Landesjugendplan von weiteren Kürzungen freizuhalten."

- das bezieht sich jetzt auf die beiden Haushaltsjahre, die wir beraten -

"(Beifall von Ute Koczy [GRÜNE])

um damit die Verlässlichkeit des Landesjugendplans als Signal in Richtung der Träger noch einmal zu dokumentieren. Insofern greifen wir es gerne auf."

Herr Kollege Flessenkemper, wenn es so ist, dass Sie den Landesjugendplan von Kürzungen freihalten wollen, warum kürzen Sie ihn dann - trotz Ihres Erhöhungsantrages - um rund 39 Millionen € für beide Jahre? Warum tun Sie das? Ich kann das nicht nachvollziehen und bitte Sie deshalb, noch einmal darüber nachzudenken und den Anträgen der CDU, die wir heute gestellt haben, zu folgen, damit Sie das, was Sie in früheren Sitzungen gesagt haben, entsprechend publizieren - ich könnte jetzt noch aus dem Ausschussprotokoll vom 13.03. zitieren -, damit diese Linie, die Sie für sich festgelegt haben, tatsächlich umgesetzt wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende und darf noch einmal zusammenfassend sagen, dass das, was wir vorgelegt bekommen haben, sehr enttäuschend ist. Wir haben geglaubt, dass es gerade in der Zeit nach PISA eigentlich klar sein würde, dass es eine Priorität für den Bildungsbereich - dazu zählt ausdrücklich auch der Jugendbereich - geben würde. Es ist enttäuschend, vom Ministerium dann einen Haushaltsplan vorgelegt zu bekommen, der im Grunde im Gießkannenprinzip Kürzungen vorsieht, Einschnitte bei Kindern und Jugendlichen vornimmt.

Wir hatten wirklich geglaubt, Kinder-, Jugend- und Schulpolitik könnte ein Schwerpunkt in diesem Haushalt sein. Da haben Sie uns leider erheblich enttäuscht.

Ich habe das Gefühl, dass Ihre Kürzungen, die Sie, Frau Ministerin Schäfer, im Kindergartenbereich vornehmen, Wasser auf die Mühlen derer sind, die den gesetzlichen Anspruch auf den Kindergartenplatz gar nicht wollen, die ihn aufweichen wollen, die viel flexiblere Lösungen in diesem Bereich haben wollen. Es ist bedauerlich, dass gerade von Düsseldorf dieses Signal ausgeht. Das weicht diesen gesetzlichen Anspruch auf.

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Ich habe, liebe Frau Ministerin Schäfer, über die Monate, in denen wir gemeinsam arbeiten, das Gefühl entwickelt, dass Sie noch gar keine ausreichende Beziehung zur Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen aufgebaut haben. Ihnen fehlt, glaube ich, die Orientierung, was Jugendhilfe in diesem Land bedeutet.

(Carina Gödecke [SPD]: Jetzt reicht es aber!)

Ich glaube, dass Sie in Ihrem Ministerium eigentlich nur in Richtung Schule operieren. Sie haben eben das Stichwort gegeben, als Sie zum ersten Teil dieser Debatte gesprochen haben. Es geht Ihnen im Wesentlichen darum, das Projekt Offene Ganztagsgrundschule, wie Sie es konzipiert haben, zu verwirklichen. Dem ordnen Sie alles unter, auch den gesamten Bereich der Jugendhilfe.

Das eigentliche Signal, das Sie aussenden wollen, auch mit diesen Beratungen und mit Ihren Einlassungen, ist eigentlich, dass Sie den Damen und Herren, die in der Jugendarbeit tätig sind, sagen: Wenn Ihr Euch in diesem Bereich retten wollt, dann könnt Ihr das tun, indem Ihr Hilfskräfte in der Schule werdet. Ihr könnt die offene Ganztagsgrundschule mitgestalten. Das ist Eure Perspektive und keine andere!

Ich sage noch einmal: Es ist sehr enttäuschend, dass die Jugendministerin in Nordrhein-Westfalen keine Beziehung zur Jugend entwickelt hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Mahlberg. - Für die SPD erteile ich jetzt Herrn Flessenkemper das Wort.

Bernd Flessenkemper (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und

Herren! So flott der Kollege von der CDU mit Bewertungen dabei ist, so mangelhaft ist das, was Sie bisher in den Haushaltsberatungen präsentiert haben, nämlich überhaupt nichts.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie versuchen, den Eindruck zu erwecken, dass Sie sich besonders für die Interessen von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen engagieren. Tatsache ist, dass Sie in den Fachausschusssitzungen - und da hätte das inhaltlich diskutiert werden müssen - bisher nicht einen einzigen Antrag eingebracht haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

So sieht die Wirklichkeit aus.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, in denen wir uns zurzeit befinden, will die SPD-Fraktion auch in 2004 und in 2005 nach wie vor die nötige Förderung für den Kinder-, Jugend- und Familienbereich sichern und wird deshalb deutliche Korrekturen beim Haushaltsentwurf vornehmen.

Zu den extrem ungünstigen Rahmenbedingungen ist hier schon einiges ausführlich dargelegt worden. Daraus resultierend sind die Vorgaben für die Haushaltsberatungen, dass im Bereich der Personalförderung 20 bzw. 40 % eingespart und bei den Sachkosten bis zu 60 % reduziert werden sollen.

Wenn Sie in den Haushaltsentwurf gucken, dann werden Sie feststellen, dass z. B. bei den Beratungsstellen, aber auch beim Landesjugendplan die Einsparquoten geringer ausgefallen sind und damit der Stellenwert der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen auch durch die Landesregierung unterstrichen wird.

Festzustellen ist ferner, dass die nach dem Entwurf im Landesjugendplan verbleibenden 58 Millionen € im Vergleich zu anderen Bundesländern nach wie vor immer noch die höchste Förderung im Kinder- und Jugendbereich darstellen. Allerdings ist auch richtig, dass die Gelder für die Kinder- und Jugendarbeit nach diesem Entwurf um mehr als ein Drittel reduziert würden.

Gemessen an den Zusagen der vergangenen Jahre - insbesondere an diejenigen, die sich bereitwillig auf einen Reformprozess eingelassen haben, die ihre Arbeit inhaltlich weiterentwickelt haben, die Strukturen verändert haben und die auch bereit waren und sind, ihre Arbeit nach Wirksamkeit bewerten zu lassen - und dem daraus resultierenden Vertrauensvorschuss hätte ich

mir gewünscht, dass die Einsparungen deutlich geringer ausgefallen wären.

Ich hätte mir gewünscht - nicht vom Ministerium, aber von der Landesregierung insgesamt -, dass spätestens zu dem Zeitpunkt, als Änderungen in anderen Bereichen möglich wurden, solche auch bei der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit vorgenommen worden wären.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Nachdem dies nicht geschehen ist, waren insbesondere die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gefordert, hier entsprechende Korrekturen vorzunehmen.

Dies kann man - wie eben dargestellt - leichtfertig als Ritual während der Haushaltsberatungen abtun. Wer sich aber wie wir mit den Beteiligten in vielen Gesprächen über mögliche Konsequenzen unterhalten hat, wer mit Menschen gesprochen hat, die bereits die Kündigung vor Augen hatten, der wird sofort begreifen, dass wir uns und insbesondere auch den Betroffenen dies gerne erspart hätten und nur der absolute Sparzwang diese Maßnahmen - wenn überhaupt - rechtfertigen kann.

Wie ernst, wie engagiert und vertrauensvoll die CDU sich die Probleme der Betroffenen zu Eigen macht - außer in Sonntags- oder in Mittwochsreden -, wird daran deutlich, dass Sie sich nicht einmal der Mühe unterzogen hat, im Ausschuss auch nur einen einzigen Antrag zu stellen.

(Beifall bei der SPD - Antonius Rüsenberg [CDU]: Die liegen doch heute vor!)

Für die Betroffenen in Nordrhein-Westfalen, für die Kinder und Jugendlichen, haben Sie sich nicht einmal die Mühe gemacht, auch nur einen einzigen Euro oder auch nur einen einzigen Cent mehr einzufordern.

Nachdem Sie Ihre Hausaufgaben dort, wo es hätte sein müssen, nicht gemacht haben, wird es Ihnen auch nichts mehr nützen, wenn Sie heute hier mit großem Getöse versuchen, Ihre Untätigkeit und Ihre Unfähigkeit im Rahmen der Haushaltsberatungen zu kaschieren.

(Beifall bei der SPD und von Ute Koczy [GRÜNE])

Damit komme ich zu den Änderungen, auf die sich die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen verständigt haben.

Zum Einzelplan 05: Bei der Sachkostenförderung für die Kindertagesstätten wollen wir den Ansatz

in 2004 um 2 und im Jahr 2005 um 3 Millionen € erhöhen.

Diese Mittel sollen dazu dienen, dass die Träger, die Mieter von Einrichtungen sind, bei den vorgesehenen Einsparungen um 400 bzw. um 600 € jeweils im Jahr 2004 bzw. 2005 entlastet werden und damit in der Belastung in etwa den Eigentümern gleichgestellt werden.

Ergänzend dazu wollen wir den Zugriff auf Rücklagen sowie einrichtungsübergreifende Lösungen ermöglichen. Damit sind deutlich Rücklagen angesprochen und nicht - wie immer wieder von Ihnen zitiert - die Spielmittel, die angeblich damit in Gefahr sind - bei einer Förderung der Sachkostenpauschale von über 10.000 €. Das muss man auch einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Landesjugendplan: Die Mittel dort sollen in 2004 um etwa 12 und im Jahr 2005 um 16 Millionen € aufgestockt werden - in der Hauptsache für den Bereich der offenen und teiloffenen Einrichtungen sowie zur Förderung der Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule.

Wir greifen damit die aktuelle Diskussion über den Beitrag der Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen von ganzheitlichen Bildungsprozessen auf, wie u. a. auch im KJHG bereits fixiert.

Unbestreitbar ist, dass die Jugendarbeit auch künftig vielfältige Freizeitaktivitäten, Partizipationsmöglichkeiten, gemeinschaftliche Erlebnisformen und vieles mehr bieten wird.

Richtig ist auch, dass sie heute schon zahlreiche Orte der Bildung bietet sowie vielfältige Impulse für Bildungsprozesse gibt - außerhalb von Schule.

Dabei gilt es aber gleichzeitig, das Zusammenwirken von Jugendarbeit und Schule im Bereich der Sekundarstufe I stärker in den Mittelpunkt der Kinder und Jugendlichen zu rücken. So wollen wir die Förderung der offenen Jugendarbeit in 2004 um 7,6 und in 2005 um 7 Millionen € erhöhen. Wir wollen aber auch darüber hinaus die Fördermittel für Angebote in der Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule erhöhen, und zwar 2004 um 2 und 2005 um 7 Millionen €.

Damit stellt das Land für die Jugendarbeit in Einrichtungen vor Ort insgesamt 27 Millionen € jährlich zur Verfügung. Das kann und darf aus unserer Sicht nicht weiter abgesenkt werden. Aber wir wollen die Fördermittel für die offene Arbeit schrittweise bis 2007 für die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule umschichten. Dabei steht für uns fest, dass die Jugendarbeit ein eigenstän-

diger Bereich bleiben und die Kooperation mit der Schule auf gleicher Augenhöhe stattfinden muss. Deshalb wollen wir die Umsetzung gemeinsam mit den Beteiligten entwickeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Summe steigen die Mittel für den Landesjugendplan im Jahr 2005 insgesamt auf rund 75 Millionen € und im Jahr 2004 auf ca. 80 Millionen €. Soweit zu einigen wichtigen - wenn auch nicht zu allen - Veränderungen, die man in den entsprechenden Protokollen des Fachausschusses nachlesen kann.

Im Einzelplan 11 geht es der SPD-Fraktion insbesondere um eine Korrektur der Förderung der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstellen. Ausgehend u. a. von ersten Erkenntnissen, die über das soziale Frühwarnsystem gewonnen wurden, zeigt sich, dass die Beratung dann am effektivsten sein kann, wenn niedrigschwellige, zielgruppenspezifische Angebote Eltern, Kinder und Jugendliche so frühzeitig wie möglich erreichen. Frühzeitig erreichbar sind sie im Kindergarten und in der Schule, insbesondere in der Grundschule.

Deshalb macht es Sinn, dass sich Beratungsstellen, Kitas, Schulen, Familienbildungsstätten sowie Sozialhilfe- und Jugendhilfeeinrichtungen vor Ort stärker absprechen, dass sie stärker kooperieren und sich sozialraumorientiert vernetzen, um die Menschen dort abzuholen und ihnen dort Unterstützung anzubieten, wo sie leben. Das hilft insbesondere den Alleinerziehenden. Es hilft Familien in sozialen Notlagen, und es hilft den Familien mit Migrationserfahrung.

Deshalb wollen wir gemeinsam mit den kommunalen und den freien Trägern die Familienberatung umstrukturieren. Ziel ist es auch hier, die bisherige Förderung schrittweise bis 2007 abzusenken und gleichzeitig die frei werdenden Mittel in einem neuen Förderstrang unter dem Titel "Beratung in vernetzten Strukturen" zu bündeln.

Da wir mit diesem Prozess bereits in diesem Jahr beginnen wollen, sollen in den angesprochenen Förderstrang jetzt 4,2 Millionen € eingestellt werden. Diese Mittel sollen dann schrittweise durch frei werdende bisherige Fördermittel im Kapitel 11 050 Titelgruppe 60 entsprechend aufgestockt werden. Damit würden für die Familienberatung insgesamt ca. 22 Millionen € zur Verfügung stehen.

Die so genannten Ermessungsmittel bei der Familienbildung werden von uns ebenfalls korrigiert. Das sind z. B. Mittel für die begleitende Kinder-

betreuung. Wir wollen diese Mittel wieder auf über 2 Millionen € jährlich aufstocken.

Wir wollen nicht den Eindruck erwecken, als ob mit diesen Korrekturen alle Probleme gelöst wären. Dazu ist der Sparzwang einfach viel zu groß. Um die verbleibenden Kürzungen durch Umstrukturierung, Zusammenfassung von Aufgaben, aber auch durch Einschränkungen an der einen oder anderen Stelle auffangen zu können, ist es erforderlich, dass den Trägern eine deutlich höhere Flexibilität im Umgang mit Fördermitteln eingeräumt wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Richtlinien entsprechend geöffnet, angepasst oder da, wo es sinnvoll ist, ausgesetzt werden.

Wir geben - das habe ich eben dargestellt - den Beratungsstellen und den Jugendeinrichtungen mittelfristig eine Perspektive, wohin es gehen soll. Wir geben ihnen Zeit und Gelegenheit, sich auf diese Perspektive einzustellen. Wir laden die Betroffenen ein, mit uns gemeinsam eine praktikable Umsetzung, orientiert an diesen Perspektiven, zu entwickeln.

Damit wird deutlich - das sage ich gerade mit Blick auf die Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die sich aus meiner Sicht im Rahmen der Haushaltsberatungen völlig anders verhalten -, dass wir Sozialdemokraten, aber auch Bündnis 90/Die Grünen, uns trotz des Spardiktats dem politischen Gestaltungsauftrag verpflichtet fühlen - mit Blick auf die Interessen der Kinder, Jugendlichen und Familien in Nordrhein-Westfalen.

Uns ist klar, dass trotz der aufgezeigten Verbesserungen die notwendigen Einsparungen für die Betroffenen in vielen Bereichen nur schwierig umzusetzen sind. Wenn sie zu begründen sind, dann meist nicht aus fachlicher Sicht, sondern ausschließlich über den finanziellen Engpass.

Auch wenn wir uns künftig weiter darüber unterhalten und auseinander setzen müssen, wie wir öffentliche Mittel und Dienstleistungen optimieren und konzentrieren können, will ich noch einmal das verdeutlichen, was wir gestern innerhalb der SPD-Fraktion diskutiert und bekräftigt haben. Mit dem, was wir hier für den Landesjugendplan beraten und in den Jahren 2004 und 2005 umsetzen, ist aus unserer Sicht wirklich die finanzielle Talsohle erreicht.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist um.

Bernd Flessenkemper (SPD): Ich komme sofort zum Schluss meiner Rede.

(Zuruf von der FDP)

- Sie sind schon lange am Ende.

(Beifall bei der SPD)

Weitere Absenkungen darf es aus Sicht der SPD nicht geben. Im Gegenteil: Sobald sich die Landesfinanzen bessern, muss auch der Landesjugendplan davon profitieren. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Flessenkemper. - Für die FDP spricht jetzt der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir heute über den Landeshaushalt beraten, geht es nicht nur um die Einnahme- und Ausgabepositionen für die kommenden beiden Jahre: Dieser Landeshaushalt ist nach meiner persönlichen Einschätzung sehr viel mehr. Dieser Landeshaushalt markiert drastisch das Ende einer gestalterischen Kinder- und Jugendpolitik in diesem Land.

(Beifall bei der FDP)

Der Landeshaushalt ist das barsche Kündigungsschreiben für die erst kürzlich mit den Trägern von Kindertageseinrichtungen geschlossenen und bei der Beratung des letzten Tagesordnungspunkts von der Ministerin noch so gelobten Bildungsvereinbarung. Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, nicht zuletzt ist dieser Landeshaushalt der melancholische Abschiedsbrief an Ihre politische Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der FDP)

In der Vergangenheit sind nämlich große Einsparungen wie bei dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder 1998 oder bei der Neuregelung des Landesjugendplans immer Hand in Hand mit fachlichen Diskussionen mit den Zuwendungsempfängern gegangen. Damals sind diese Einsparungen genutzt worden, um Flexibilisierungen auf den Weg zu bringen und fachliche Innovationen im Land umzusetzen. Jetzt aber diktiert allein der Rotstift. Die Richtlinien werden danach zusammengefummelt, wie sie noch einigermaßen mit den finanziellen Möglichkeiten in Übereinstimmung gebracht werden können.

Da ich gerade den Staatssekretär und den Abteilungsleiter sehe, will ich es noch etwas anders

sagen: Frau Schäfer, es ist der Fachebene in Ihrem Ministerium zu verdanken, dass Sie mit diesen Etatberatungen nicht komplett baden gegangen sind.

In den letzten Jahren stand nur noch gut ein Achtel der Ausgaben des damaligen Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit für landespolitische Schwerpunktsetzungen zur Verfügung. Der Rest der Ausgaben hatte lediglich gesetzsvollziehenden Charakter. Die Regierungskoalition beabsichtigt nun, die ohnehin unentschlossene Schwerpunktsetzung, dieses schwache Bekenntnis zu diesem Aufgabengebiet weiter zu relativieren.

Die angestrebten Mittelkürzungen in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik bedrohen über Jahrzehnte gewachsene Strukturen in ihrer Existenz, gehen voll zulasten der nachwachsenden Generation und stehen damit letztlich im Widerspruch zu der allenthalben - auch von Ihnen - geforderten Aufwertung des Bildungssektors.

Meine Damen und Herren, prekär ist aus Sicht der Freien Demokraten, dass die Einsparvorschläge der Landesregierung vielfach Maßnahmen mit präventivem Charakter betreffen. Wer heute dort Mittel kürzt, verursacht Ausgaben in der Zukunft, weil im Nachhinein sehr viel teurer repariert werden muss, statt Problemen zu begegnen, wenn sie noch klein sind.

(Beifall bei der FDP)

Das ist auch unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit völlig unvernünftig.

Zweifelsohne befindet sich das Land Nordrhein-Westfalen - daran sind Sie nicht ganz unbeteiligt - haushaltspolitisch in einem krisenhaften Zustand. Wir haben strukturelle Veränderungen vorgeschlagen, um in zwei Bereichen Schwerpunkte zu setzen: in der Politik für Bildung und in der Politik für die Chancen von Kindern, Jugendlichen und Familien insgesamt. Dass die Union als vorübergehend größere Oppositionspartei auf anderem Weg zu gleichen Ergebnissen gekommen ist, zeigt, dass hier eine andere Schwerpunktsetzung zumindest möglich gewesen wäre. Sie haben diese Schwerpunkte nicht gesetzt. Sie sind daran gescheitert, diese Schwerpunkte zu setzen, weil Sie kein Koordinatensystem haben, das Ihnen zeigt, was richtig und was falsch ist. Das will ich Ihnen an einem Beispiel deutlich machen:

Wir haben lange im Ausschuss darüber diskutiert, ob nun geschlechtsspezifische Kinder- und Jugendarbeit weiter gefördert werden soll. Dann wurde mir zu meiner Überraschung berichtet,

dass in diesen Landeshaushalt noch Gelder für Waldpädagogik unter Genderaspekten eingestellt werden. Während an der einen Stelle bei Mädchen und Jungen gespart wird, geben Sie noch Geld aus für männliche und weibliche Bäume.

(Beifall bei der FDP)

Das zeigt: Sie wissen nicht, was wichtig und richtig ist, Sie haben kein Koordinatensystem mehr, und das macht den Unterschied zwischen Ihnen und uns aus.

Meine Damen und Herren, ich möchte auf zwei Bereiche im Einzelnen eingehen, die nach meinem Dafürhalten zentral sind.

Erstens auf den Landesjugendplan. Bildungsprozesse - da besteht Einvernehmen zwischen allen Fraktionen in diesem Haus - vollziehen sich nicht nur in der Schule, sondern etwa auch in der Jugendverbandsarbeit, in Einrichtungen der offenen Arbeit. Da können Jugendliche aus sozialen Problemlagen stabilisiert werden. Im zentralen jugendpolitischen Förderinstrument, dem Landesjugendplan, beabsichtigt die Landesregierung nach dem vorgelegten Haushaltsplan nunmehr aber Einsparungen in Höhe von 29 Millionen € 2004 und 38 Millionen € 2005. Wir diskutieren darüber, die Fraktionen haben sich dazu gestellt.

Diese Pläne - das wissen Sie, sonst hätten Sie sich als Fachpolitiker nicht so schwer getan -, diese Einsparungen gefährden die erfolgreiche Arbeit und teilweise sogar die Existenz von Verbänden, Trägern und Einrichtungen. Sie brüskieren damit im ganzen Land zahllose Ehrenamtler.

(Beifall bei der FDP)

Die Strukturen, die gebraucht werden, um das ehrenamtliche Engagement zu koordinieren, zerschlagen Sie, und damit wird vielfach auch die Initiative von aktiven Menschen in diesem Land ver schüttet.

Wir halten die erhebliche Reduzierung der Haushaltsmittel vor dem Hintergrund der bildungspolitischen Bedeutung des Landesjugendplans für falsch. Notwendig ist vielmehr ein langfristig berechenbarer Landesjugendplan, eine langfristig berechenbare Förderhöhe. Dabei kann selbstverständlich mittelfristig auch dieses Politikfeld von Beiträgen zur Konsolidierung des Landeshaushalts nicht ausgenommen werden. Das geht allein deshalb nicht, weil wir zurückgehende Kinderzahlen haben und weil sich die Haushaltskalamitäten des Landes mit Blick auf die anstehenden Pensions- und Zinszahlungen auf Sicht von einem Jahrzehnt noch weiter verstärken.

Wir haben deshalb konkret beantragt, die Förderhöhe des Landesjugendplans für die nächsten beiden Jahre wieder auf den Stand des Jahres 2003 zu bringen und zeitgleich Verhandlungen über Zielvereinbarungen mit den Zuwendungsempfängern zu führen, um zu ermöglichen, ab dem Jahre 2005 in jedem Jahr über fünf Jahre lang den Landesjugendplan um 5 % zu reduzieren. Das wollen wir im Gegensatz zu Ihnen nicht mehr so im Belieben lassen: Wir machen es, oder wir machen es nicht; komme ich heute nicht, komme ich morgen.

Wir haben gesagt, wir wollen das in einem dritten Ausführungsgesetz zum KJHG bzw. zum Sozialgesetzbuch VIII gesetzlich fixieren. Das war einmal in besseren Zeiten, 1995, Meinung des ganzen Hauses. Daran müssen wir wieder anknüpfen, und dann könnten die Zuwendungsempfänger auch wieder planen und sich auf ihre wichtige pädagogische Arbeit konzentrieren, statt nur Sie zu lobbyieren, damit die Einsparungen nicht ganz so drastisch sind und zumindest noch ein minimaler Teil von Arbeit übrig bleibt.

Der zweite Bereich, den ich streifen will, ist die Förderung der Betriebskosten von Kindertageseinrichtungen. Sie beabsichtigen, da mir nichts dir nichts 125 Millionen € einzusparen. Dabei haben Sie vor wenigen Jahren bereits einen dreistelligen Millioneneurobetrag im Zuge der Verabschiedung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder eingespart. Da hieß es dann: Das soll langfristig so bleiben; da wollen wir Sicherheit gewährleisten. - Dann wird hier von Schulfähigkeitsprofil, Bildungsvereinbarung gesprochen. Die Liste ließe sich fortsetzen, die Liste dessen, was auf die Einrichtungen, die Träger an neuer zusätzlicher Arbeit, an Herausforderungen zukommt. Dann kürzen Sie so erheblich, immerhin 125 Millionen €.

Und nun wird hier von Herrn Flessenkemper gesagt: An pädagogischem Aufwand wird nicht gespart. Was ist das schon heruntergerechnet auf die Gruppe? - Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Flessenkemper: Ich habe im letzten Sommer ein Praktikum in einer Kindertageseinrichtung gemacht, ich habe da in Gummistiefeln mitgearbeitet und weiß, was es bedeutet, wenn dort Geld gekürzt wird.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann Ihnen nur empfehlen: Gehen Sie auch mal raus, arbeiten Sie da auch mal mit! - Bei Ihnen ist es scheinbar schon so lange her, dass Sie den Kontakt zur tatsächlichen Arbeit verloren haben, die draußen geleistet wird. Die Arbeit findet

nicht nur in Hintergrundgesprächen statt, sondern draußen im Land, und da ist dieser Betrag schon ganz erheblich. Da gibt es keine Feste mehr mit den Kindern, da gibt es keine Elternarbeit mehr wie bisher. Da wird rabiat gekürzt werden müssen.

Wir haben vorgeschlagen, meine Damen und Herren, auch wenn Sie ein bisschen kompensiert haben, die Kürzungen komplett zurückzunehmen, den Fördersatz des Jahres 2003 wiederherzustellen. Denn an der Basis des Bildungssystems werden die Grundlagen für das lebenslange Lernen gelegt. Wenn wir an dieser Stelle kürzen, haben wir Gefährdungen für den Erfolg ganzer Bildungsbiografien.

Ferner haben wir vorgeschlagen - das will ich hier auch noch kurz anmerken, weil es belegt, dass wir bereit sind, in diesem Feld erhebliche Schwerpunkte zu setzen -, die Familien in diesem Lande um insgesamt 100 Millionen € zu entlasten, indem wir den Elternbeitrag im Kindergarten im dritten Jahr des Kindergartenbesuchs entfallen lassen. Damit nehmen wir eine erhebliche Schwerpunktsetzung vor. Sie ist gegenfinanziert, und sie zeigt, dass wir es damit ernst meinen, das Bildungssystem vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich könnte jetzt am Ende noch Ihre Inkonsequenz an den Kürzungen bei den qualitativ hochwertigen Hortplätzen zugunsten der qualitativ labilen offenen Ganztagschule aufzeigen, an der Förderung der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen, der politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, der Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund und weiteren Bereichen. Ich möchte Ihnen das ersparen.

Per saldo: Sie gefährden über Jahrzehnte gewachsene ---

(Lachen von Edgar Moron [SPD])

- Da lacht der Herr Moron. Ihnen ist das gar nicht wichtig. Gehen Sie mal nach draußen zu den Demonstranten.

Sie gefährden Einrichtungen, die über Jahrzehnte gewachsen sind, statt notwendige Innovationen auf den Weg zu bringen. Sie lassen die Menschen mit Ihren Problemen allein. Sie bringen Verunsicherung und Irritation in dieses wichtige Politikfeld. Sie werden Ihren eigenen Maßstäben nicht gerecht. Und dann lachen Sie noch darüber!

(Zuruf von Horst Vöge [SPD])

Ich muss Ihnen sagen: Die Wähler werden das bescheiden, Herr Vöge. Beim nächsten Mal wer-

den Sie keine Verantwortung mehr für den Haushalt tragen, und zwar zu Recht. Dann werden wir Ihnen zeigen, wie es besser geht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Koczy das Wort.

Ute Koczy (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum Haushalt Kinder, Jugend und Familie, einem Bereich, der zumindest emotional im Mittelpunkt unserer Gesellschaft steht und, weil das gleich für die Auseinandersetzung mit der CDU wichtig ist, einem Bereich, der akzeptiert wird und von dem viele sprechen! Aber diese Akzeptanz bedeutet nicht, dass wir als Kinder- und Jugendpolitiker/innen nicht dennoch dafür kämpfen müssen, dass genügend Mittel dort hineinfließen; denn, meine Damen und Herren von der CDU, wir werden auch zukünftig Geld in Gesellschaftsbereiche investieren müssen, selbst wenn sie akzeptiert sind.

Warum sage ich das in Richtung CDU? Weil sich die CDU geoutet hat und die Zuschüsse z. B. für die gleichgeschlechtlichen Lebensformen mit folgendem Argument auf null setzen will - ich zitiere aus den Haushaltsanträgen -:

"Die gleichgeschlechtliche Lebensweise ist weitestgehend akzeptiert. Eine öffentliche Förderung ist daher insbesondere in finanziell äußerst gespannter Haushaltslage nicht vertretbar."

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, diese Begründung ist furchtbar. Sie macht mir Angst, weil sie zeigt, wie wenig die CDU weiß, wie z. B. in manchen Schulen über Homosexualität hergezogen wird und welche Sprüche dort geklopft werden. Da ist die Aussage "Du bist schwul, eh!" noch harmlos.

In der Jugendszene hat sich ein bestimmter Slang etabliert, der dazu führt, dass sich gerade in den Klassen Kinder und Jugendliche nicht trauen, sich zu ihrer anderen Lebensform zu bekennen. Wenn Sie jetzt argumentieren: "Wir streichen das, weil diese Lebensform akzeptiert ist", dann demontieren Sie einen ganz wichtigen gewaltpräventiven Bereich in der Gesellschaft.

"Die gleichgeschlechtliche Lebensweise ist weitestgehend akzeptiert. Daher ist eine öffentliche Förderung nicht vertretbar." - Würden Sie auch so bei den Familien-, Ehe- und Lebensberatungsstel-

len argumentieren? Wie verhält sich da die Akzeptanz beim Landesjugendplan, bei den Kindertagesstätten? Genau an dieser Stelle hat sich die CDU nämlich ins eigene Fleisch geschnitten und gezeigt, wie doppelbödig die Argumentation ist. Ich kann nur den Kopf darüber schütteln.

(Beifall bei den GRÜNEN - Christian Lindner [FDP]: Sind Sie Opposition oder Regierung?)

Meine Damen und Herren, wir Grünen sind froh, dass wir im Rahmen der Haushaltsberatungen trotz aller Probleme noch einiges zugunsten von jungen Menschen und Familien in unserem Land bewegen konnten. Ich möchte es gleich vorweg sagen: Es konnten nicht alle auch berechtigten Wünsche erfüllt werden. Die deutlichen Erhöhungen, auf die sich Rot-Grün gegenüber dem Haushaltsentwurf verständigt hat, können vor allem die Betroffenen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es dennoch drastische Einschnitte geben wird, die vielen wehtun werden.

Es ist immer einfach für die Opposition zu sagen: Dieser Bereich ist so wichtig, da kürzen wir überhaupt nicht. - Das schafft zunächst Sympathie. Aber als Partei in Regierungsverantwortung können wir eben nicht aus dem Vollen schöpfen. Wir müssen gucken, wo die Einnahmen herkommen. Ich stehe hier als Mitglied einer Regierungsfraktion, die einen Gesamthaushalt mit all seinen komplexen, zum Teil schwierigen Facetten zu verantworten hat, einen Haushalt mit einer enormen Verschuldung, mit einer erdrückenden Zinslast und fast uferlos anwachsenden Pensionskosten.

Meine Damen und Herren, wir sind noch nicht am Ende dieser Diskussion, wie ich befürchten muss. Trotz dieser schwierigen Haushaltslage ist es uns gelungen, wichtige und zukunftsweisende Akzente im Kinder-, Jugend- und Familienbereich zu setzen.

Ich fange an mit der Sprachförderung. Wir alle wissen um die Bedeutung der Beherrschung der deutschen Sprache, um in unserer Gesellschaft bestehen zu können. Vor allem gilt das für den Erfolg in der Schule. Viel zu lange wurden auch in unserem Land die Augen davor verschlossen, dass Kinder, die mit unzureichenden Deutschkenntnissen eingeschult werden, von vornherein schlechte Karten haben, in der Schullaufbahn zu bestehen. Wir haben erst 2000 mit der Einführung vorschulischer Sprachkurse begonnen, was den Haushalt betrifft, mit einer relativ geringen Summe. Wir haben jetzt daran gearbeitet, diese aufzustocken.

Diese wichtige Maßnahme machen wir nun weiter im Doppelhaushalt möglich, indem wir die Mittel

für die vorschulische Sprachförderung, die sich an alle Kinder richtet, die es benötigen, von 5 Millionen auf 7,5 Millionen € aufstocken.

Sehr wichtige Korrekturen konnten wir auch bei der Finanzierung der Fachberaterinnen in Tageseinrichtungen für Kinder vornehmen, die sich haushaltstechnisch in einem Titel mit der vorschulischen Sprachförderung verstecken. Die Sprachberatung ist elementar für die Sicherung und Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität in den Einrichtungen. Vor allem die neuen Herausforderungen an die Teams in den Kitas, die ihnen in dem Zusammenhang mit der Bildungsvereinbarung NRW neu zufallen, erfordern eine qualifizierte Beratung und damit auch eine ausreichende Anzahl an Personen, die diese Beratung leisten. Hier konnten wir 2004 über 80.000 € wieder einstellen und 2005, wo erhebliche Kürzungen vorgesehen waren, immerhin fast 140.000 €. Das sind relativ geringe Summen, aber sie haben eine immense Wirkung.

Die Kürzungen im Bereich der Sachkostenpauschale in den Kitas ist natürlich kein gutes Signal, vor allem was den Bildungsauftrag der Einrichtungen angeht, der - da sind sich inzwischen alle Fraktionen im Landtag einig -, gestärkt werden muss. Dennoch hat auch meine Fraktion Kürzungen im Bereich der Sachkostenpauschale einer eventuellen Kürzung beim Personal vorgezogen, die angesichts der sinkenden Kinderzahlen in den Einrichtungen alternativ hätte diskutiert werden können.

Meine Fraktion hat sich besonders dafür eingesetzt, Einrichtungen zu entlasten, die aufgrund der Eigentumsituation des Trägers nicht in der Lage sind, Kürzungen der Sachkostenpauschale durch die Mittel der Erhaltungspauschale abzufedern. Ich denke, diese Entlastungen für die Mieter von Einrichtungen sind mit den zusätzlichen 2 Millionen im Jahre 2004 und mit den 3 Millionen im Jahre 2005 auch in einem spürbaren Ausmaß gelungen.

Mit dem Landesjugendplan komme ich zu einem Teil meiner Ausführungen, der mich und meine Fraktion in den vergangenen Wochen in besonderem Ausmaß beschäftigt hat. Ohne Frage ist der Landesjugendplan auf Landesebene das Instrument der Jugendpolitik überhaupt und die wesentliche Finanzierungsquelle des Landes für Verbände, Initiativen, Einrichtungen und Projekte der Jugendarbeit.

Die im Haushaltsentwurf vorgeschlagenen Kürzungen von fast 30 Millionen € im Jahr 2004 und noch einmal fast 10 Millionen € im Jahr 2005 ha-

ben daher bei mir und meiner Fraktion die Alarmglocken schrillen lassen. Daher bin ich besonders froh, dass es uns gelungen ist, die Zuweisungen an die verschiedenen öffentlichen freien Träger und Initiativen 2004 um 12,5 Millionen € und 2005 um fast 17 Millionen € aufzustocken.

In seiner Struktur wird der Landesjugendplan entscheidend verändert. Ich erhoffe mir, dass dies auch einen positiven Nebeneffekt hat. Das soll natürlich im Einklang mit den neu zu fassenden Förderrichtlinien geschehen. Das werden wir noch zu diskutieren und darauf auszurichten haben, dass diese Mittel effektiv und unbürokratisch bewirtschaftet werden.

Für mich bleiben vier Elemente im Landesjugendplan weiterhin Orientierung: Emanzipation, Integration, Prävention und Partizipation.

Beim Landesjugendplan haben wir Grüne uns besonders für die geschlechtsspezifische Arbeit stark gemacht, die im Haushaltsentwurf nicht weiter vorgesehen war. Hier konnten für beide Jahre jeweils 1 Million € eingestellt werden. Mit diesem Geld können wir die geschlechtsspezifische Arbeit und die in diesem Bereich tätigen Organisationen weiterhin unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde das sehr wichtig, weil ich glaube, dass die geschlechtsspezifische Arbeit eine Grundvoraussetzung ist, um Kindern und Jugendlichen Orientierung zu geben und sie auf viele Probleme in dieser Welt hinweisen bzw. ihnen die richtigen Instrumente zur Bewältigung von Problemen an die Hand geben zu können.

1,5 Millionen € wurden in beiden Jahren für die Unterstützung und Hilfe für junge Menschen zum Abbau sozialer Benachteiligungen eingestellt, hier insbesondere für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien. Auch darin sehe ich eine besonders wichtige Aufgabe, die wir, SPD und Grüne, teilen. Dabei geht es um die Einschätzung, dass für diese Gruppe von Kindern und Jugendlichen wirklich etwas elementar Wichtiges getan werden muss. Ich denke, das haben wir im Landeshaushalt verankert.

Im Haushaltsentwurf waren die offenen Türen besonders gebeutelt. Für diesen Bereich stellen wir die größte Summe zur Aufstockung zur Verfügung. Mit dieser Erhöhung verknüpft Rot-Grün aber auch neue Anforderungen an die Arbeit der offenen Türen, die uns angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahren vordringlich erscheinen. Das sind die Koope-

ration mit den Schulen und die Ganztagsbetreuung.

Ich weiß, dass einige offene Türen bereits jetzt intensive Stadtteilarbeit betreiben und viele Projekte gemeinsam mit Schulen anbieten. Wir wollen diese Tendenz stärken, weil wir glauben, dass hier eine besondere Aufgabe entsteht. Ich denke, dass wir deswegen auch darauf hinarbeiten müssen, mit der Jugendhilfe und den Schulen gemeinsam zu entdecken, welche Möglichkeiten und welche Chancen in dieser Zusammenarbeit stecken. Beide Bereiche sollten in Augenhöhe miteinander arbeiten. In diesem Zusammenhang wehre ich mich dagegen, wenn vonseiten der FDP, beispielsweise von Herrn Witzel, gesagt wird, Jugendhilfe sei ein Ersatzaufpasser. So argumentiert die FDP, und sie akzeptiert nicht die Bedeutung der Jugendhilfe.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Abschließend möchte ich noch auf die Familienpolitik eingehen. Erfreulicherweise stützte schon der Haushaltsentwurf das Konzept der Familienselbsthilfe, die für uns wichtige Entwicklungschancen bietet. Großen Korrekturbedarf haben sowohl Rot als auch Grün bei den Beratungsstellen gesehen. Ich denke, dass es uns gelungen ist, eine erhebliche Aufstockung durchzusetzen, die dazu führt, dass wir hier eine qualifizierte Arbeit im Rahmen gesicherter Strukturen ermöglichen. Aber auch hier wird es darauf ankommen, dass die Förderrichtlinien die Arbeit entbürokratisieren und flexibel auf die neuen Anforderungen orientieren.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ute Koczy (GRÜNE): Ja, jetzt gerade. - Wir Grünen haben nach der Haushaltsberatung in Anlehnung an die Förderung der Wohlfahrtsverbände gesagt: NRW bleibt sozial. - Ich denke, dass wir bei der Prioritätensetzung, die wir im Bereich Kinder, Jugend und Familie vorgenommen haben, sagen können: Wir bleiben sozial und stehen zur Kinder-, Jugend- und Familienpolitik. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Koczy. - Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Schule, Jugend und Kinder: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Da-

men und Herren! Lassen Sie mich gleich zu Beginn meiner Ausführungen zu diesem Bereich eines noch einmal ganz deutlich feststellen: Die Landesregierung hat sich in der Kinder- und Jugendpolitik trotz einer außergewöhnlich schwierigen finanziellen Situation angestrengt, einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der zum einen dem Machbaren, vor allem aber dem Verantwortbaren entspricht, der aber zum anderen vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Praxis und der sehr unterschiedlichen Bedingungen der Finanzierung die Akzente so setzt, dass wir an den Kernaufgaben der Kinder- und Jugendarbeit festhalten können. Dabei war und ist es für uns ein wichtiges Anliegen, die engagierte und fachlich kompetente Arbeit der haupt- und ehrenamtlich Mitwirkenden zu sichern. Die Haushaltslage verlangt allerdings Schwerpunkte, die den aktuellen Anforderungen entsprechen.

Ich kann nachvollziehen, dass die Träger, die Mitarbeiter und die Einrichtungen viele der vorgesehenen Kürzungen nicht akzeptieren und in zahlreichen Schreiben und Resolutionen auch darauf aufmerksam machen. Ich bin den Trägern aber außerordentlich dankbar, dass sie dennoch die schwierige Ausgangslage erkennen und auch bereit sind, an Einsparungen mitzuwirken.

Ich verkenne nicht, dass einige Träger besonders betroffen sind, weil sich bei ihnen durch den Wegfall eigener Einnahmen und durch Kürzungen auch in den kommunalen Haushalten die Schwierigkeiten häufen. Das betrifft sicher am stärksten die Kirchen und deren Trägereinrichtungen. Deshalb bin ich ebenfalls sehr dankbar dafür, dass die Koalitionsfraktionen mit ihren Änderungsanträgen angedachte Kürzungen in einigen Bereichen wieder zurücknehmen wollen. Wir werden zudem durch eine Flexibilisierung der Richtlinien den Handlungsspielraum der Träger erweitern und weiterhin unnötige Bürokratie abbauen.

Lassen Sie mich aber auch feststellen: Wenn gleich die Kürzungen schmerzlich sind, so ist der Landesjugendplan dennoch weitaus besser als in den meisten anderen Bundesländern ausgestattet.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das bleibt ein Fakt. Ich weise deshalb ausdrücklich auch in Ihre Richtung, Herr Kollege Mahlberg, Einlassungen zurück, die Jugendhilfe werde damit schleichend zum Instrument der Schulpolitik degradiert und als Lückenbüsser instrumentalisiert. Dies ist nicht der Fall. Es geht uns vielmehr darum - hier folge ich der Auffassung der meisten Fachleute -, die Handlungsoptionen der Kinder- und

Jugendhilfe, insbesondere in der Elementarbildung sowie der Kinder- und Jugendarbeit, zu erweitern.

Wenn die Landesregierung von einer Priorität für Bildung spricht, dann meint sie damit eben nicht nur die Schule, sondern sie meint damit durchaus auch, dass sich die Träger der Jugendarbeit verstärkt dort einbringen sollten, wo Kinder und Jugendliche heute am stärksten gefordert werden, nämlich im Bereich und im Umfeld von Schule. Beide Bereiche, Schule und Jugendhilfe, haben es mit denselben Kindern zu tun und sollten deshalb versuchen, dort, wo es notwendig und erforderlich ist, die Bande enger zu verknüpfen.

Herr Mahlberg, ich empfehle Ihnen dringend, nicht mir zu sagen, wie wichtig der Stellenwert der Jugendarbeit ist, sondern Ihrem Kollegen Recker, der ja dezidiert sagt, dort, wo wir die Bereiche zusammenführten, funktioniere es nicht gut. Erklären Sie es erst einmal Ihrem Kollegen Recker, und klären Sie das erst einmal in der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Ziele in der Kinder- und Jugendpolitik sind klar. Ich wiederhole deshalb - ich habe es bereits vorhin gesagt -: Die Bildungsvereinbarungen im Kindergartenbereich haben wir gemeinsam mit den Trägern entwickelt. Wir ergänzen dies durch einen Ausbau in der Sprachförderung, durch einen flexiblen Übergang von Kindergarten in die Grundschule und durch die offene Ganztagsgrundschule.

Wir wollen Kindern in Nordrhein-Westfalen eine eigene Stimme geben, ihre Teilhabemöglichkeiten deutlich erhöhen, und dies werden wir durch einen Pakt für Kinder leisten.

Wir werden mit dem neuen Landesjugendplan auch Akzente in der Partizipation von Kindern setzen. Hierzu gehört natürlich auch die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements. Diese Schwerpunkte sind in unserem Landesjugendplan verankert.

Wir wollen und werden Kinder und Jugendliche vor Gefährdungen schützen und ihnen durch präventive Projekte helfen, in Risikosituationen besser zurechtzukommen.

Wir wollen den Bildungsauftrag der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit stärken. Dabei setzen wir auf den Ausbau und die Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule.

Wir wollen auch weiterhin Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien durch Orientierungs- und Integrationshilfen unterstützen.

Der Landsjugendplan ist und bleibt ein verlässliches Förderinstrument. Ich sage ganz deutlich: Ich wundere mich über die FDP, die schon jetzt sagt, dass sie die Mittel dafür ab 2006 schrittweise jährlich um 5 % senken will. Ich wundere mich sehr, dass Sie das hier verkünden.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Sie setzen sich für dieses Instrument ein und sagen: Wenn Sie uns wählen, dann kürzen wir die Mittel dafür ab 2006 in jedem Jahr um 5 %.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist unsere Seriosität!)

Das finde ich ausgesprochen ungewöhnlich. Wir sagen: Wir haben eine schwierige Haushaltslage und müssen gegenwärtig Einschnitte hinnehmen, aber sobald es uns möglich ist, werden wir diesen Bereich wieder ausweiten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig, dass wir bei den Kindertageseinrichtungen einen Konsolidierungsbeitrag leisten. Hier wollen wir aber ausdrücklich nicht am Personal sparen. Der vorliegende Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes berücksichtigt diese Priorität.

In den beiden kommenden Jahren werden wir den Landesanteil der Sachkostenpauschale kürzen; die Zahlen sind genannt worden. Durch das flexible Umgehen damit ermöglichen wir es jedoch den Trägern, abweichend von den bisher geltenden Regelungen die Zuschüsse zu den Sachkostenpauschalen unabhängig von ihrer Qualifikation als Grund- oder Erhaltungspauschale und vorhandene Rücklagen zur Deckung sämtlicher Sachkosten einzusetzen. Wir führen intensive Gespräche mit den Trägern und spüren auch die Bereitschaft, diese Dinge in dieser zugegebenermaßen schwierigen Situation gemeinsam zu entwickeln. Diese Regelung berücksichtigt im Übrigen auch die besondere Situation von Einrichtungen, die ihre Räumlichkeiten gemietet haben. Auch das sei noch einmal akzentuiert.

Ich will abschließend feststellen: Die Förderung der Kinder- und Jugendhilfe bleibt auch in Zukunft eine zentrale Aufgabe. Die Landesregierung wird dafür eintreten. Wenn Sie uns bescheinigen, wir hätten einen melancholischen Abschiedsbrief geschrieben, dann kann ich Ihnen sagen - das sollten Sie mir abnehmen -: Melancholie ist mir fremd. Vielleicht ist sie ja in der FDP gang und gäbe. - Danke.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. - Für die restlichen drei Minuten Redezeit der Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Fischer das Wort.

Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr darüber, dass die Koalitionsfraktionen dem Thema Kinder-, Jugend- und Familienpolitik eine so außerordentlich große Bedeutung beimessen. Auch die Oppositionsfraktionen betonen, dass dieses Themenfeld außerordentlich wichtig sei. Aber ich sage deutlich: Große Worte alleine reichen nicht. Ich kenne von den Oppositionsfraktionen keine Vorschläge und Anträge, wie die Weiterentwicklung in diesen Politikfeldern bei der gegenwärtigen Haushaltssituation möglich sein soll.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die große Mehrheit der Menschen in Deutschland lebt in einer Familie. Für sie ist die Familie ein wesentlicher Bestandteil ihres Lebens. Das gilt insbesondere für die junge Generation. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Männern und Frauen ermöglichen, ihren Wunsch nach Kindern zu verwirklichen und ihre Chancen, Teilhabe und Potenziale als Familie zu stärken.

Vor diesem Hintergrund wundere ich mich umso mehr, dass die CDU-Fraktion von einer "bewussten Bevölkerungspolitik" spricht, wenn sie über das Thema Kinder- und Familienpolitik redet. Ich sage deutlich: Ich will weder Eltern noch ihre Kinder als Instrumente einer bewussten Familienpolitik nutzen. Sie tun dies, meine Damen und Herren von der CDU.

Ich meine es ernst, wenn ich sage: Staat und Politik haben Menschen in ihren persönlichen Lebensentwürfen und in ihrer gesellschaftlichen Orientierung zu akzeptieren und Diskriminierungen entgegenzutreten. Auch hier gibt es eine deutliche Differenz zwischen der Auffassung der Oppositionsfraktionen und der Koalitionsfraktionen; denn die CDU-Fraktion sagt: Die Mittel, die im Haushalt für gleichgeschlechtliche Lebensformen, für Probleme, für Beratung veranschlagt werden, können gestrichen werden. Aus Sicht der CDU hat sich dies erledigt. Das ist eine Politik, bei der ich deutlich erkennen kann, dass es keine Akzeptanz für die einzelnen Lebensformen der Menschen gibt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Sehr geehrte Damen und Herren, die anhaltenden gesellschaftlichen Umbrüche verändern auch die Lebenswirklichkeit von Familien. Gerade darum sind Bildung, Beratung und Hilfe für Familien außerordentlich wichtig und müssen einen hohen Stellenwert erhalten. Der Haushalt 2004 und 2005 stellt hierfür einen weitgehend unveränderten Rahmen zur Verfügung. Die Anträge der Koalitionsfraktionen haben insbesondere bei der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung sowie bei der ergänzenden Förderung der Familienbildung entschlossene Akzente gesetzt. Diese Ausgangslage erleichtert die strukturelle Reformaufgabe, vor der wir auch in diesen Bereichen stehen, sehr deutlich.

Auch und gerade in der Familienpolitik kommt es darauf an, dass wir bei der örtlichen Infrastruktur konsequent auf effektive und integrierte Angebote hinwirken. Wir müssen früh erkennen, wenn Familien von ihren Lebensumständen überfordert werden, und dürfen ihnen nicht erst dann helfen, wenn sie bereits überfordert sind. Wir müssen integrierte Hilfen schaffen, also Hilfen aus einer Hand, damit Eltern und ihre Kinder nicht von einer Stelle zur anderen wandern müssen, dies auch, weil erst im Zusammenspiel der verschiedenen Angebote wirklich ganzheitliche und problemgerechte Lösungen entstehen können.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Ministerin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie: Ich komme zum Schluss. - Geld ist wichtig, meine Damen und Herren. Wir dürfen aber nicht zuvorderst darüber reden, wie viel Geld wir ausgeben. Vielmehr müssen wir darüber sprechen, was wir erreichen wollen, also über den Output. Daher streben wir mehr Flexibilität in der Förderung, eine eindeutige sozialräumliche Akzentuierung und integrierte Problemlösungen an.

Dabei sind die Anträge der Koalitionsfraktionen außerordentlich hilfreich. Allein ein Überrollen, wie Sie es sich vorstellen, meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, reicht bei dieser Reformaufgabe weiß Gott nicht aus. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Ministerin Fischer. - Liebe Kolleginnen und

Kollegen, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit kommen wir zu den **Abstimmungen zu Einzelplan 05** - Ministerium für Schule, Jugend und Kinder.

Zunächst stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4911** - Stichwort: Kinder- und Jugendhilfe; es ist die laufende Nr. 1 der Ihnen vorliegenden Übersicht. Wer ist für den Änderungsantrag der FDP? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU und des Abgeordneten Karsli **abgelehnt** worden.

Ich lasse nun abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4920** - Stichwort: Landesjugendplan; das ist die laufende Nr. 2 der Ihnen vorliegenden Übersicht. Wer ist für den Änderungsantrag der Fraktion der CDU? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag der CDU-Fraktion mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP und des Abgeordneten Karsli **abgelehnt** worden.

Ich lasse jetzt abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4921** - Stichwort: Sachkostenpauschale; das ist die laufende Nr. 3 der Ihnen vorliegenden Übersicht. Wer ist für den Änderungsantrag der Fraktion der CDU? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag der CDU mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion und des Abgeordneten Karsli **abgelehnt** worden.

Ich lasse nunmehr abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4912 - 2. Neudruck** - Stichwort: Ersatzschulen; es ist die laufende Nr. 4 der Ihnen vorliegenden Übersicht. Wer ist für den Änderungsantrag der Fraktion der FDP? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und CDU bei Enthaltung des Abgeordneten Karsli **abgelehnt** worden.

Wir kommen damit zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 05** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4805. Wer ist für die Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4805 mit den

Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und des Abgeordneten Karsli bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Budschun **angenommen** worden.

Meine Damen und Herren, nunmehr rufe ich **Bereich 3** auf:

Wirtschaft und Energie

Damit sind Einzelplan 15 - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit - und Einzelplan 08 - Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung - angesprochen.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/4815 und 13/4808 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen 13/4916 und 13/4917.

Ich eröffne die Beratungen und erteile zunächst für die CDU-Fraktion dem Kollegen Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wirtschaftshaushalt steht in diesem Jahr zum ersten Mal nicht am Beginn der Etatdebatte. Den Beratungsgang wird das nicht beeinflussen. Die Umstellung signalisiert aber ein verändertes Grundverständnis.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Für diese Koalition sind Wirtschaft und Finanzen offenbar nicht länger Alpha und Omega der Landespolitik. Dieser Koalition ist das Bewusstsein abhanden gekommen, dass die Wirtschaft Steuern erst erarbeiten muss, ehe der Finanzminister sie verteilen kann.

Meine Damen und Herren, ohne die sprudelnden Steuerquellen einer florierenden Wirtschaft gibt es keine Schulen, keine sozialen Einrichtungen, keine innere Sicherheit und keine Straßen. Am Ende des Geldes gibt es gar keinen Staat mehr. Der unbestechliche Gradmesser für den Erfolg oder das Scheitern einer Regierung ist deshalb das Ergebnis ihrer Wirtschaftspolitik.

"An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen", heißt es bei Matthäus 7, 16. Und wer ehrlich ist, der muss zugeben, dass die Früchte der Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung samt und sonders faul sind.

Stichwort "Beschäftigung": Im Schnitt des letzten Jahres waren 880.000 Menschen ohne Job. Zusätzlich wurden 66.000 ältere Arbeitslose benötigt, sich aus der Statistik wegzu erklären. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist von 34 auf 38 % ge-

stiegen. Wir verzeichnen einen Negativrekord bei neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Die Jugendarbeitslosigkeit wächst. Zum Jahresende 2003 gab es 26 % weniger offene Stellen als ein Jahr zuvor.

Die schreckliche Wahrheit, das ganze Elend des Arbeitsmarktes, wird Ihnen Kollege Arentz gleich sehr plastisch vor Augen führen.

Stichwort „Wachstum“: Von Wirtschaftswachstum keine Spur. Ganz im Gegenteil! Nordrhein-Westfalen befindet sich in der Rezession. Die Wirtschaftsleistung schrumpft. Das Bruttoinlandsprodukt bleibt erneut weit hinter dem Bundesdurchschnitt zurück.

Stichwort „Unternehmenskrise“: Die Pleitewelle erreicht eine Rekordmarke nach der anderen. 10.000 Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2003 haben mehr als 60.000 Arbeitsplätze dauerhaft vernichtet.

Stichwort „Investitionen“: Die Investitionen versiegen. Das Land geht mit besonders schlechtem Beispiel voran. Seit die Sozialdemokraten an der Regierung sind, sank die Investitionsquote von 26 % auf weniger als 8 %. Das Schlimme daran: Jede fehlende Investitionsmilliarde kostet rund 20.000 Arbeitsplätze - leider vor allem in der gebeutelten Bauwirtschaft.

Zusammengefasst: Nordrhein-Westfalen ist in Deutschland Letzter, wo wir Erster sein sollten, und Erster, wo wir Letzter sein müssten. Diese Bilanz der Unfähigkeit kann selbst eine Millionen teure Imagekampagne der Staatskanzlei nicht aus der Welt schaffen. Was Nordrhein-Westfalen braucht, sind neue Konzepte, keine bunten Hochglanzbroschüren.

Sparen allein, meine Damen und Herren, reicht einfach nicht, um diesen durch und durch maroden Haushalt zu sanieren. Wir brauchen vor allem mehr Steuereinnahmen: nicht höhere Steuern, sondern mehr Unternehmen und mehr Menschen, die aufgrund ihres wirtschaftlichen Erfolgs mehr Steuern zahlen. Doch die werden wir nicht bekommen ohne neue Konzepte für Wachstum und Beschäftigung.

Von neuen Konzepten, von einer regionalisierten, von einer gleichsam „abteilungsweisen“ Wachstumssteuerung des Landes, wie sie ein Unternehmen in der Krise vornehmen würde, ist weit und breit leider nichts zu sehen. Im Gegenteil: Der Wirtschaftshaushalt ist verkommen zu einem Sammelsurium unterschiedlichster Bausteine und damit zu einer Abraumhalde, aus der sich andere Ressorts nach Belieben bedienen.